

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringestück monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.00. Erhalten tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3463. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 110.

Dresden, Sonnabend den 15. Mai 1909.

20. Jahrg.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Zum fünften allgemeinen Krankenkassenkongress in Berlin.

Das bisher bestehende Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen soll nach dem „Entwurf einer Reichsversicherungsordnung“, den der Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg der Öffentlichkeit zur Diskussion überreicht hat, gerät in Frage. Herr v. Bethmann hatte zwar die Gelegenheit, in der Konferenz der Sachverständigen, die er zur Vorbereitung des Entwurfs nach Berlin geladen hatte, aus dem Munde fast aller Arbeitgeber, die dem Vorstand einer Krankenkasse angehören, zu vernehmen, daß alle die Beschwerden, die in der Presse und in den Parlamenten gegen die „sozialdemokratischen“ Ortskrankenkassen erhoben wurden, Verleumdungen seien, aber er hat dennoch dem Verlangen der Vertreter des Verbandes der Großindustriellen und der reaktionären Schreier von Rugdand bis v. Didenburg Nachsicht getragen und die Selbstverwaltung beiseite geschoben.

Es kann von keiner Seite bestritten werden, daß von allen Versicherungsanstalten die Krankenkassen die beste Entwicklung genommen hat. Und das ist loblich, denn die Selbstverwaltung ist die Ursache, durch welche eine Reihe von Ortskrankenkassen eine relativ hohe Blüte erreichten und zum Teil sogar ganz hervorragende leisten konnte. Nur durch das freudige, selbstlose und vertrauensvolle Mitwirken der versicherten Arbeiter an der von ihnen selbst verwalteten Einrichtung sind die Ortskrankenkassen das geworden, was sie heute sind, während die Fabrik- und Gemeindefassen absolut nichts geleistet haben. Nimmt man den Arbeitern die Selbstverwaltung, dann nimmt man ihnen das Interesse und das Vertrauen zu der Sache, und da die vorwärtsdringende Kraft dann fehlt, wird nicht nur damit jede Entwicklung unterbunden, sondern auch der Rückgang der Einrichtung herbeigeführt.

Als das bestehende Krankenkassengesetz vor einem Vierteljahrhundert ins Leben trat, haben die Arbeiter wenig von ihm erwartet. Denn die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen sind nicht groß. Aber für die Leistungen einer öffentlichen Organisation, sei es eine Klasse, eine Gemeinde oder ein Staat, ist der Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen nicht allein maßgebend, sondern vielmehr das, was tatsächlich geschieht, der Geist, in dem eine Organisation verfaßt ist, in dem die Gesetze gehandhabt werden. Und so haben es die Arbeiter verstanden, aus einer Reihe von Ortskrankenkassen etwas zu „machen“, etwas in sie hineinzulegen, sie auszugestalten. Eine fortschrittliche Reform der Arbeiterversicherung müßte daher in erster Linie darauf hinauszielen, das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten zu erweitern. Aber gerade das große Interesse der Arbeiter für die Versicherungsanstalten und die zunehmenden Leistungen der von den Arbeitern verwalteten Ortskrankenkassen sind einer Reihe von Unternehmern, Ärzten und Reaktionsären aller Art ein Dorn im Auge, und diese haben deshalb seit Jahren einen wahren Verleumdungskrieg gegen die Ortskrankenkassen organisiert, um die Regierung und den Reichstag zu einer Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter zu bewegen.

Nach dem jetzt vorliegenden Entwurf sollen in Zukunft die Unternehmer und die Arbeiter je die Hälfte der Beiträge zahlen, die Unternehmer aber auch gleich stark in der Verwaltung der Kasse vertreten sein. Schon das allein bedeutet die Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts, die Aufhebung der Demokratie. Denn die Versicherten, die ein direktes Interesse an der Kasse und ihrer Entwicklung haben, sind nämlich die Arbeiter. Doch der Unternehmer geizt mit dem Beitrag zu bezahlen, ist nicht einmal ein Grund, ihn auch an der Verwaltung teilnehmen zu lassen. Der Beitrag ist gar nichts anderes, als ein Teil des Lohns, den der Arbeiter verdient, er bedeutet eine soziale Verpflichtung des Arbeitnehmers, den Lohn so zu gestalten, daß der von ihm Ausgebeutete im Falle der Erkrankung eine Existenz hat. Aber die Arbeiter wollen der Mitarbeit der Unternehmer an der Verwaltung der Krankenkassen gar nicht entsagen! Fräulein hat einmal im Reichstag ausdrücklich betont, daß sie, die Arbeiter, die Unternehmer in den Kassen vertreten wollen, und die Teilnahme derselben an der Verwaltung für diese sehr wertvoll sei. Das bisherige Verhältnis hat sich auch sehr gut bewährt, das Interesse der Unternehmer wurde dadurch vollständig gewahrt. Ein stichhaltiger Grund, die Unternehmer einen größeren Einfluß auf die Kassen einzuräumen als bisher, kann nicht gefunden werden. Die Unternehmer erhalten dadurch nicht das gleiche, sondern einen fünfmal mehr Recht als die Arbeiter! Der eine Arbeiter erhält ebensoviele Recht wie seine tausend Arbeitgeber zusammen besitzen. Und innerhalb der Unternehmerreihe werden die Großindustriellen allein ausschlaggebend sein, denn nach § 899 der Reichsversicherungsordnung ist das Stimmrecht der Arbeitgeber wie bisher nach der Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder zu bemessen. Und der Arbeitgeber zu Mitgliedern der Kassenorgane auch die Geschäftsführer oder Betriebsbeamten der beteiligten Arbeiter wählen dürfen, brauchen sich der Herr Kommerzienrat aber selbst zu bemühen — er schickt seinen Vertreter in die Verwaltung, der seinen Anweisungen folgt. Das ist kein

gleiches Recht, sondern ein Klassenrecht, das nach der Größe der Besitztümer geteilt wird, es baut sich auf denselben Argumenten auf, wie jedes andere Klassenwahlrecht, welches das Stimmverhältnis nach der Höhe der Steuerleistung bestimmt.

Bei der Ortskrankenkasse sollen zwar die Vertreter nach den Grundätzen der Verhältniswahl derart gewählt werden, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Aber für die Vertretung der Unternehmer bedeutet das nur, daß ein einziger Großindustrieller gegen alle übrigen Stimmen der Arbeitgeber sich eine starke Vertretung sichern kann!

Geht bereits die gleiche Vertretung der Unternehmer die Selbstverwaltung der Versicherten auf, so sind die Bestimmungen über die Wahl des Vorsitzenden bei der Ortskrankenkasse geeignet, jedwede geordnete Verwaltung unmöglich zu machen und die Kasse den schwersten parteipolitischen Kämpfen zu überliefern. Der Vorsitzende soll nur dann gewählt sein, wenn er die Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstande erhält. Das bedeutet einfach, daß nur der Vorsitzende einer Ortskrankenkasse werden darf, der den Großindustriellen genehm ist! Kommt die Wahl auf diese Art nicht zustande, dann setzt das Versicherungsamt einen Vorsitzenden ein. Und daß die Versichertenämter, die in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden sollen und welche die örtlichen Geschäfte der gesamten Reichsversicherung wahrzunehmen haben, die vorhandenen Gegenstände nicht auszugleichen vermögen, ist selbstverständlich. Diese Versicherungsämter sollen zwar zu gleichen Teilen je zur Hälfte aus Arbeitgebern und aus Versicherten bestehen, die von den Vorständen der Kassen gewählt werden. Aber der Vorsitzende — der „Versicherungsamtmann“ — wird von der Landeszentralbehörde bestimmt, und das Versicherungsamt ist nicht weniger als etwa ein Selbstverwaltungskörper als höhere Instanz. So werden, wenn diese Bestimmungen Gesetzeskraft erlangen sollten, die Ortskrankenkassen zum Sammelpunkt parteipolitischer Kämpfe werden, die jede gedeihliche Entwicklung der Krankenkassen verhindern.

Die kleinen Verbesserungen, die der Gesetzentwurf bringt, fallen gegenüber der Betrümmung des Selbstverwaltungsrechts gar nicht ins Gewicht. Die Erweiterung der Versicherungspflicht, die Aufhebung der kleinen Betriebskassen sind Dinge, welche so zur Notwendigkeit geworden sind, daß damit gar nicht mehr länger zu warten ist. Und dennoch bringt die „Reform“ auch hier nur eine Halbheit, die keinen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung hätte in erster Linie erst einmal eine einheitliche Krankenkassenorganisation für alle im Lohn lebenden Personen bringen müssen. Davon ist so wenig die Rede, wie von einer Vereinheitlichung der gesamten Versicherungseinrichtungen überhaupt.

Für die große Masse der Arbeiter kommen heute im wesentlichen die Ortskrankenkassen in Betracht. Wenn diese in Zukunft ihre Aufgabe richtig erfüllen und sich im Interesse der Versicherten entwickeln sollen, so daß sie eine soziale Bedeutung erlangen, so ist das nur möglich, wenn den Versicherten, den Arbeitern, die Selbstverwaltung erhalten wird. Die Unternehmer haben kein Interesse am Ausbau der Arbeiterversicherungseinrichtungen, deren Interesse ist vielmehr nur darauf gerichtet, die Kassen auf einer möglichst geringen Leistungsfähigkeit zu erhalten, damit sie wenig an Beiträgen zu zahlen haben. Im allgemeinen bildet das Unternehmertum das widerstrebende Element in der Arbeiterversicherung. Ihren Einfluß verhären, heißt die Kassen schwächen! Deshalb müssen die Arbeiter alles aufbieten, daß der reaktionäre Anschlag, der sich gegen das bisherige Demokratie richtet, die sich in der Arbeiterversicherung bisher entwickelt hat, abgeschlagen wird, und die Reichsversicherungsordnung in dieser Form wenigstens nicht Geleß wird.

Der Krankenkassentag.

Die bedrängten Krankenkassen werden ihre Meinung über den Gesetzentwurf auf dem vom 17. bis 19. Mai in Berlin tagenden fünften allgemeinen Krankenkassenkongress kundgeben und damit der Regierung Gelegenheit bieten, die wahre Stimmung der Versicherten kennen zu lernen.

Der Kongress ist einberufen von der „Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen“, vom Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich und vom Verband der freien Hilfskassen. Er wird in einem der größten Säle Berlins, in der Hoppoldtschen Brauerei, abgehalten und dürfte eine imposante Kundgebung aller deutschen Krankenkassen werden.

Das umfangreiche, in der Versicherungsordnung zusammengefaßte Material erfordert eingehende Behandlung. Es werden sich nicht weniger als 9 Referate vorlesen. Es werden sprechen über: 1. Die Krankenkassen in Deutschland; 2. Die Krankenkassen in den Provinzen; 3. Die Krankenkassen in den Reichsstaaten; 4. Die Krankenkassen in den Reichsstaaten; 5. Die Krankenkassen in den Reichsstaaten; 6. Die Krankenkassen in den Reichsstaaten; 7. Die Krankenkassen in den Reichsstaaten; 8. Die Krankenkassen in den Reichsstaaten; 9. Die Krankenkassen in den Reichsstaaten.

2. Unfallversicherung und Inzungenz (Spruch- und Beschlußverfahren): Gustav Bauer, Berlin, zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gustav Hartmann-Berlin, Vorsitzender des Zentralrats des Verbandes der deutschen Gewerkschaften (Hilfs-Dauerliche).

3. Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu anderen Verpflichteten: Amtsgerichtsrat J. Faber-Zehlendorf.

4. Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung: Reichstags- und Landtagsabgeordneter Joh. Liebert-München-Bladach, Arbeitersekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Eduard Weiß-Frankfurt a. M., Arbeitersekretär und Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt a. M.

Wie man sieht, werden Angehörige aller Parteien als Referenten tätig sein.

Es wird immer behauptet, die vorgeschlagene Änderung der Krankenkassenversicherung, insbesondere die Halbierung der Beiträge und Verminderung der Leistungen liege ebenso im Interesse der Versicherten als der Unternehmer und werde von letzteren besonders gewünscht. Die Versicherten haben wiederholt gegen eine derartige „Interessenswahrung“ energisch protestiert; wie weit Unternehmer solche Wünsche hegen, wird der Kongress zeigen. Denn, wie wir hören, werden gerade die Betriebsklassen zahlreicher denn je zuvor durch Delegierte vertreten sein, um mit den Vertretern der übrigen Klassenpartien gemeinsam gegen die geplante Entziehung der Arbeiter und die Bureaukratisierung der Kassenverwaltung zu protestieren.

Der neue Block.

Noch steht die Reichspolitik in Wären und Nebel. Was kann durcheinander und niemand sieht klar, wohin der Kurs nun gehen soll. Nur so viel ist sicher: Die herrliche Bismarck-Politik ist bankrott, unweigerlich bankrott; die konservativ-liberale Paarung hat sich endgültig als unbrauchbar erwiesen. Wir haben es vom ersten Tage an gemerkt und gesagt: Der Block bedeutet lediglich die völlige Angliederung des Liberalismus an die agrarische Reaktion; wirigt sich der Liberalismus irgendwie, konservativ Politik zu machen, dann wird er hinausgeworfen! So weit ist es jetzt! Und an Stelle des getrümmerten konservativ-liberalen Blocks zeigt sich im Umkreis der neuen Block von Konservativen und Zentrum. Die Frage aber der nächsten Tage ist: Was wird Bismarck nun? Wird er mit dem neuen Block regieren wollen? Wird er noch den Versuch machen, wenigstens die Nationalliberalen mit dem neuen Block zusammenzulappeln?

Die Sozialdemokratie würde es nur begrüßen können, wenn es endlich zur Klärung der Situation käme. Es ist gut, wenn das wahre Wesen des durch die Hottentottenwahlen zum gemeinsamen Reichstages sich vollständig demaskierte. Es mag schwinden, was nur Schein und Schwindel ist. Es mag sich offenbaren, was Wirklichkeit und Wahrheit ist, nämlich der konservativ-liberale Charakter dieses Reichstages und der Regierungspolitik!

Der Frankfurter Reichsbitter.

Kugust Stein, Bismarck Vertrauter und eifriger Förderer des Blockgedankens, wendet seinem Blat voll Behmut:

„Aber die Hauptfrage ist, wenn auch noch keine bindenden Vereinbarungen festgehalten haben, die Regierung, oder legen wir — Ehre, dem Ehre gebührt — der Herr Reichstagsminister, Herr v. Bismarck, befindet sich auf dem Wege, die Finanzreform mit den Konservativen, zu denen auch andere Teile der Rechten kommen werden, dem Zentrum und seinen Affilierten zu machen. Auf wirkliche Weltigkeiten, die alle Bestenben und alle Kräfte des Reiches ungeheuer gleichmäßig treffen würden, wird dabei natürlich, dem Willen der von Herrn von Dederfeld geführten Konservativen gemäß, verzichtet werden, und man wird unter der falschen Begründung von Bestenben in der Hauptfrage zu Umstap- und Besteuerung greifen, die das mobile Kapital treffen. Es ist kein Zweifel mehr, daß die Dinge so gehen sollen und es ist wahrlich ein Glück, daß sie so gehen werden. Denn sobald erst einmal der Reichstagsminister darauf verzichtet haben wird, eine wirklich gleichmäßige Besteuerung im Reich einzuführen und — was nicht aufzugeben zu werden braucht, aber eine selbstverständliche Folge ist — auf die liberalen Annahmen zu verzichten, dann wird die aus dem Reich der preussischen Konservativen gerichtet sein, dann wird die aus dem Reich und dem Zentrum bestehende agrarische Mehrheit des Reichstages sich über 400 Millionen indirekter Steuern leicht einigen. Sie sind schon auf dem Wege dazu...“

Es ist auch eine Folge der neuen Situation, daß die national-liberale Fraktion für nächsten Mittwoch oder Donnerstag den Zentralrat ihrer Partei einberuft. Es ist an die Nationalliberalen, wie man in parlamentarischen Kreisen hört, das Ansehen heranzustellen, die jetzige Wendung mitzumachen und dadurch dem Wille der Reichsreform, das durch die konservativen Vorarbeiten und das Zentrum zustande kommen soll, ein liberales Antlitz zu geben. Es ist bis zum Verein liberaler Antlitz zu geben, das die Nationalliberalen, die noch des Gegenteils nicht annehmen, das zu rechnen haben und die sich auch mit der Stimmung im Lande zu rechnen haben und die sich auch der politischen Prognostik der Regierung, die sich jetzt vollzieht, durchwegs bewußt sind, zu solchen Dienste hergeben werden...“

Erstreckt sich es in den Zeitungen der National-Liberalen. Sie loben und beschreiben den Reichskanzler, in dem Kaiser, fröhlich dreinschreitend. Und zugleich bernen sie sich nun auf das „ganze Volk“, nachdem ihr Streben nach Regierungsgunst und Mitarbeit mit der Reaktion im künftigen Abzuge erlosch. Das „ganze Volk“ wird den klammerten National-Liberalen zeigen, wie wenig es gewillt ist, ihnen aus ihrer Tasche zu helfen.

Die politische Zeitung tobt und klagt: Die Geduld des Volkes ist bis zu einem Grade auf die Probe gestellt worden, daß es ungedulde unerträglich wird. Der Unwille der öffentlichen Meinung kehrt sich sowohl gegen die Regierung wie gegen die Vorparlamentarier und gegen die Interessenten. ... So vertritt man Woche um Woche ergebnislos; jedes Monate sind ins Land gegangen, und die große Frage harret und rätselhafter entstanden als am Tage, da sie zur Lösung vorgelegt wurde. Und die Regierung steht diesem heillosen Treiben mit verdrängten Armen gegenüber. ...

Vorlage um Vorlage gibt die Regierung preis, stellt für die allernächste Zeit eine andere in Aussicht, um sie selbst nach Wochen noch nicht vorzulegen, und trägt so reichlich dazu bei, den Wurm zu verstreuen, entweder in der stillen Hoffnung, daß die Lösung aus der ganzen Lage sich von selbst enthalten und so zur Vermunft führen müsse, oder vielleicht in der Absicht, die ganze Geschichte verumfunden zu lassen, um Zeit zu gewinnen. Aber sie täuscht sich, wenn sie meint, sie würde mit der Zeit alles gewinnen, wie es im Erzählwort heißt. Denn sie ist schon jetzt auf dem besten Wege, das Vertrauen zu verlieren und abendwärts den schänen Augenblick für die Finanzreform zu verwirren. ...

So kann es nicht weiter gehen! Das Land will endlich wissen, wohin die Reise geht; es will wissen, ob die Regierung stark bleibt oder ob sie vor dem agrar-konservern Kontrakt die Segel streicht, ob sie bei ihrer Erblassertheilung beharrt, oder ob sie eine neue conditio sine qua non aufstellt im Begriffe ist, am alsbald auch sie fallen zu lassen. Es ist kein Wunder, daß angesichts dieser unerschütterlichen Haltung der Regierung der Fraktionsführer immer ärgerer ins Kraut schießt und daß die preussischen Konventionen in Verden zum Zentrum sich annehmen, dem Reich ihren Willen aufzuzwingen. Warum haben bei solcher Sachlage Kanzler und Schatzkanzler nicht den Ministern der Einzelstaaten nicht einmal versucht, nach dem Instrument der Ministerverantwortlichkeit zu greifen und nötigenfalls dem Reichstag ihre Fortsetzung vor die Füße zu werfen?

Der Nationalzeitung wird aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion über „Der Kanzler am Scheidewege“ geschrieben; da wird u. a. ausgeführt:

„Das Entwerfen der Gesetze über die Bedeutung und die Charaktergröße des Kanzlers wird mit davon abhängen, ob er mit seiner Vergangenheit und dem Bilde, indem er jetzt im deutschen Volke lebt, es vereinen kann, Zentrumskanzler zu werden, und ob er die Bewegung, die er in den letzten Monaten im Lande gewonnen einer Erblassertheilung zum mindesten stark gefährdet hat, jetzt wieder mit einer lässigen Handbewegung abtun und feierliche Erklärungen als nicht abgeben behandeln kann.“

Die tägliche Rundschau erwartet Hilfe in der Not durch das Eingreifen des Kaisers. Liberalen, die das persönliche Regiment ablehnen! Sie schreiben:

„Da wird es Zeit, daß der Kaiser aus seiner Reserve, die wir ehren, heraustritt und in einer Vorkämpfer an den Reichstag oder in einer anderen Form den festen Willen kundgibt, die Reichsfinanzreform unverzüglich und mit diesem Kanzler durchzuführen. Kommt ein solches Kaiserwort, so wird sich der politische Himmel bald klären, würde man sich Unannehmlichkeiten in Ansehung der Verwaltung und in der Form der Kompromisse von einem Gemüths freigemacht, daß bisher der Regierung jede Kraftentwöhnung verweigert. Die Unklarheit der Position des Reichskanzlers war bisher das größte Hindernis in dem Kampfe um die Reichsfinanzreform.“

Das Liebeswerben der Regierung.
In Regierungskreisen ist man bemüht, die Nationalliberalen zum Anschluß an den konservativ-liberalen Block zu bestimmen. Sowohl der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, als auch der Innenminister v. Loebell waren im Auftrage des Reichskanzlers bemüht, den Abgeordneten Bock zu veranlassen, seine Demission als Vorkämpfer der Finanzkommission zurückzugeben. Was für ein Liebeswerben nicht gefolgt. Eine andere Frage ist es, wie lange es dauern wird, bis die Nationalliberalen dem konservativ-liberalen Block, dem sie ja auch früher zugehört haben, wieder beitreten werden.

Nationalliberal-freimüthige Verdrängerung.
Am Freitag nachmittag bielten die Fraktionsvorsitzende der Nationalliberalen und der Freimüthigen eine gemeinsame Sitzung ab. Es wurde beschlossen, künftig nur im gemeinsamen Einvernehmen in der Frage der Finanzreform zu handeln. Auf alle Fälle soll an der Erblassertheilung festgehalten werden.

Bismarck Kaiserreise und die Reichstagsarbeit.
Das Berliner Tageblatt will aus dem Reichstag erfahren haben, daß eine Beisprechung des Präsidenten Grafen Stolberg mit dem Reichskanzler das Ergebnis gezeitigt habe, daß der Reichstag am kommenden Dienstag verlegt werden soll. Fürst Bismarck dem Kaiser entgegenfahren und ihm Vortrag über die gegenwärtige Situation halten.

Demgegenüber erzählt das Sozialdemokratische Pressebureau, daß der Vorschlag des Präsidenten dahin ging, den Reichstag nach vor Pfingsten zu verlegen, die Finanzkommission aber weiterarbeiten zu lassen. Der Reichskanzler dagegen vertritt den Standpunkt, daß das Plenum des Reichstags auch nach Pfingsten noch weiter tagen soll.

Die neue Fahrkartensteuer.
Der Entwurf der neuen Fahrkartensteuer ist im Reichsschatzamt fertiggestellt. Wie der Lokalanzeiger zu melden weiß, ist ein Zuschlag von 3/4 Prozent zu den Fahrpreisen für alle vier Wagenklassen festgelegt. Fahrkarten im Betrage von weniger als einer Mark sollen steuerfrei bleiben. In der Praxis wäre die Wirkung dieser neuen Steuer folgende: Für eine Fahrkarte von Berlin nach Frankfurt a. M. ist jetzt zu zahlen an Fahrkartensteuer in erster Klasse 5,40 M., künftig 1,45 M., in zweiter Klasse 1,20 M., künftig 89 Pf., in dritter Klasse 40 Pf., künftig 49 Pf., in vierter Klasse nichts, künftig 30 Pf. Die „Reform“ besteht also darin, daß die Passagiere erster Klasse entlastet und dafür die Passagiere vierter Klasse belastet werden.
Das schließt gerade noch, um die Volkseindlichkeit der sogenannten Reichsfinanzreform zu erweitern!

Der französische Post- und Telegraphen-Beamten-Streik.

Aus Paris wird uns von unserem post-Korrespondenten geschrieben: Wenn man den offiziellen Communiqués der Regierung glauben dürfte, so hätte schon der Verlauf des letzten Mittwoch

das vollständige Weggang des Streiks gezeigt. Nach den offiziellen Mitteilungen hätten in sämtlichen Dienstleistungen von ganz Paris nur 1076 Beamte gefehlt. Es gibt vielleicht irgend eine Rechnungsart, die einem diese Aufstellung erlaubt, aber wozu dienten dann diese Unmassen Soldaten, die Postdienst taten? Ganz Paris ist im stillen Belagerungszustand. Die Hauptpost ist militärisch bewacht — vor jedem kleineren Postamt sind Polizeitruppen aufgestellt. Die Telegraphenzentrale ist von Soldaten und Postkisten bewacht — der Eiffelturm, auf dem sich die drahtlose Station befindet, steht unter militärischem Schutz, und die riesige Maschinenhalle sieht wie ein Bivouak aus. Nicht nur die ganze Garnison von Paris ist konzentriert, auch aus der Provinz hat man alle möglichen Truppenteile herangeholt, ferner stehen 300 Militärautomobile in Bereitschaft.

In der Tat scheint die Regierung sich genügend vorbereitet zu haben, um den Postdienst in den ersten Tagen einseitig aufrechterhalten zu können. Wenigstens wurden auch am Donnerstag morgen Briefe und sogar Drucksachen ausgetragen. Die Streikenden fühlten sich dadurch nicht beunruhigt. In einer Massenversammlung, die am Mittwoch abend in der Menagerie St. Paul abgehalten wurde und an der etwa 8000 Beamte, Unteragenten und Linienarbeiter teilnahmen, zeigte sich das. Lauron, der Generalsekretär der Linienarbeiter, nannte die Situation vorzüglich. Gewisse Elemente ärgerten. Es sei die Aufgabe von heute, sie zum Bewußtsein ihrer Pflichten zu bringen. Andere arbeiteten, so erstaunlich das auch klingen möge, im Einverständnis mit dem Streik. Wenn etwa in einigen Tagen gewisse Linien unbrauchbar wären, beruhe das nicht auf Verhinderungsakten, sondern darauf, daß sie nicht genügend unterhalten seien. „Wir wollen heute noch an keine andere Organisation appellieren. Aber man nehme sich in acht. Wenn wir die Schwächeren sein sollten, wenn man uns bis zum Zerbrechen treibt, wenn man uns im Handumdrehen erschöpfen will, werden wir nicht zögern, die Hilfe der Confédération Générale du Travail zu erbitten.“ Im Verlauf der Versammlung kamen einige hundert der sogenannten „Lubisten“ an, denen die Verdrängerung der Rohrpostbezüge oblag. Letztesmal hatten sie nicht mitgegriffen — diesmal haben sie beschlossen, ebenfalls mitzukämpfen. — Mittwoch hatten die Unteragenten eine Versammlung abgehalten, in der sie beschlossen, bis aufs Äußerste zu kämpfen.

Die Regierung fährt unglücklich fort, toller als je zu maßregeln. Nicht weniger als 228 Beamte aller Kategorien haben am Mittwoch den Louvre erhalten. Die kapitalistischen Blätter, wie der Temps und die Débats, können zufrieden sein und sind es auch.

Die Vereinigung der Syndikate des Seine-departements hat am Mittwoch abend zu der allgemeinen Lage Stellung genommen. Alle Syndikate hatten dem Rufe Folge geleistet. Zwei Postbeamte wohnten der streng vertraulichen Sitzung bei. Bataud und Bousquet sprachen. Nach langer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Delegierten der verschiedenen zur Vereinigung der Seine-syndikate gehörigen Organisationen halten den Augenblick für gekommen, um alle Schranken, die bisher die Beamten von den Arbeitern der Privatindustrie trennten, niederzuerwerfen. Alle Delegierten verpflichten sich, innerhalb ihrer Organisationen dafür zu sorgen, daß sie sich für den gegebenen Augenblick bereit halten, um ihre Postkameraden durch die Erklärung des Generalstreiks mit all seinen Folgen zu unterstützen; sie geben dem Exekutivkomitee den Auftrag, Delegierte zur Verfügung der Postbeamten zu halten, und verlangen, daß die C. G. T. bei den Föderationen und Bünden das Nötige tut, um eine allgemeine Bewegung herbeizuführen.

Paris, 14. Mai. Im Hypodrom wurde heute eine von 3000 ausländischen Postbeamten beendete Versammlung abgehalten, in der ein Beschlusprotokoll angenommen wurde, das die Unterstützung der Postbeamten durch die Arbeiterorganisationen willkommen heißt. Vertreter des Eisenbahnsyndikats, der Gasarbeiter sowie des Verbandes der Kandidaten betonen, daß alle Syndikate die Postbeamten unterstützen müßten. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Tagesordnung an, die die Solidarität mit den gemehrten Kameraden betont und dem Ausnahmefall stellt.

Paris, 14. Mai. Im Saale des gestrigen Tages sollen etwa 100 000 Telegramme befördert worden sein. Von den Telephonbanden fehlten angeblich nur 70 von 2500. Von 125 Postarbeitern sollen 80 sich erboten haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Insgesamt fehlten in Paris gestern 7000 Postangestellte.

Deutsches Reich.

Trinksprüche in Wien.
Kaiser Wilhelm II. ist auf der Rückreise von Korfu in Wien angekommen und wurde dort mit großem Pomp empfangen. Beim Galabier in der Hofburg wurden Trinksprüche gewechselt. Franz Joseph betonte die „neuerdings in glänzender Weise bewährte bundesfreundliche Haltung des Deutschen Reiches“. Wilhelm II. sprach in seiner Erwiderung von dem „unzerbrechlichen Band zwischen uns und unserm Reich“. Beide Kaiser gemeinsam sandten ein Begrüßungstelegramm an den König von Italien, „unsern erhabenen Verbündeten und Freund“. Die Presse erinnert an den besonders herrlichen Toasten, daß eine Neubefestigung des Dreibundes erfolgt ist.

Aus dem Reichstage.
Der Reichstag beendete am Freitag zunächst die zweite Lesung des Bankgesetzes. Ein hunkelnagelener schwarzblauer Block, aus Zentrum und allen Liberalen bestehend, reichte in namentlicher Abstimmung die armen notleidenden Anteilhaber der Reichsbank vor dem großen Geschick, etwas intensiver als bisher den Gewinn mit dem Reiche teilen zu müssen.
Dann kam das Viehsuchen-gesetz an die Reihe. Das Gesetz möchte, wie Genosse Scheidemann mit scharfer Zuspitzung sagte, eigentlich heißen: „Gesetz zur Verhinderung von Viehsuchen und zur Verhinderung aller den Agrariern unangenehmen Einfuhr.“ Das Gesetz verurteilt, wie unser Fraktionsredner darlegte, berechtigter veterinarpolizeiliche Bestimmungen mit schändlichen Einfuhrerleichterungen. Aber gerade das ist nach dem Herzen der aus Nationalliberalen, Zentrum und Konservern bestehenden Agrarfraktion. Der Nationalliberale Lehmann-Jena, ein unheimlicher, aber um so wirksamerer Späthocher, der Zentrumsjunker u. Pfaffen und der dreifache und amüßliche Diederichs haben bildeten einen schönen Agrarblock, gegen den der Freilinken Dr. Straube einen ernsthaften Kampf gar nicht erst zu unternehmen mochte. Wöllig agrarisch klang es auch vom Regierungstisch und namentlich v. Arnim, der Landwirtschaftsminister, sprach als echter Nachfolger des viden Pops, so unähnlich er auch in seiner äußeren Erscheinung dem bräuglich grundierten Schweinezüchter von Dalmin ist.
Am Sonnabend soll die Beratung fortgesetzt werden.

Statt einer Rente — drei Monate Gefängnis!
Der Maurer Klotz aus Selbungen (Kreis Sondersburg) ist nach seiner am 20. September 1904 erfolgten Entlassung aus dem Militärdienst dauernd an Herzschwäche. Er stellte deshalb bei der Militärbehörde den Antrag, ihm eine Pension zu bewilligen. Das Bescheid wurde er damit, daß er sich das Leben während seiner Militärdienstzeit abgespart habe, da er wiederholt mitgehört worden ist, als er keine Antwort auf sein Gesuch erhielt, richtete er ein erneutes Gesuch an seinen Regimentskommandeur. Hierin wurde eine Abkündigungserklärung gefunden; anstatt der Rente erhielt Klotz 14 Tage Gefängnis.

Da Klotz lebend war, trat er trotz wiederholter Aufforderungen die Strafe nicht an; schließlich wurde er verhaftet. Als Klotz 14 Tage hinter sich hatte, richtete er nochmals eine Eingabe an die Militärbehörde ein; er erhielt aber, daß im Falle der Verurteilung ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet sei, und zwar hauptsächlich wegen Bekahrens im Angehorien. Diese Strafe sollte durch die Weigerung, die Strafe anzunehmen, dagegen noch zu sein.
Das Kriegsgericht bekam es nichtig fertig, den schon seit mehr als vier Jahren im Bivouak lebenden Klotz wegen Bekahrens im Angehorien und eines anderen Vergehens zu sieben Jahren Gefängnis zu verurteilen. Dem Gerichtsherrn war die Strafe

In der Plenarsitzung des Bundesrats am Donnerstag wurde dem Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Bauarbeiten für die Eisenbahnen der Reichsbahn die Zustimmung erteilt. Annahme fanden die Bestimmungen über die Ausführung von Bauarbeiten über die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen usw., zu der Vorlage über den Handel- und Schiffsverkehr zwischen dem Deutschen Reich und Portugal, über das Schreiben des Reichsministeriums in Genua, über den Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung des Reichsinvalidenbundes und des unterbliebenenversicherungsfonds, ferner über die Vorlage, den Entwurf eines Betrübungsgegesetzes im Reichsbereich.

Ein Gelegenheitsarbeiter über die Befreiung der kommunalen Doppelbesteuerung für Beamte, die ihren Wohnsitz in einem anderen Bundesstaat haben, als dem, von dessen Regierung sie ihren Gehaltsbezüge empfangen, wird gegenwärtig in den beteiligten Ministerien ausgearbeitet und dem preussischen Landtag nach heutigem Zusammenritt im Herbst zugesandt. In erster Linie handelt es sich hier um Angehörige der preussischen Eisenbahnenverwaltung, die in anderen Bundesstaaten in den verschiedenen Dienststellen wohnen. Der geplante Gelegenheitsarbeiter ist also eine Ergänzung des Reichsgegesetzes zur Befreiung der staatlichen Doppelbesteuerung.

Ein Diplomat als Wanderredner.
Unter dieser Ueberschrift läßt sich die Rhein-Westf. Zig. aus Bosten melden:

Der deutsche Vorkämpfer Graf Bernstorff nahm als Ehrengast an einem Festmahle des Harvard-Klub in Boston teil und drückte in einer Ansprache die hohe Würdigung Deutschlands für die freundschaftliche Haltung des Reichs der Harvard-Universität, Eliot, gegenüber der deutschen Wissenschaft sowie für die tatkräftige Förderung der Beziehungen zwischen den deutschen und amerikanischen Universitäten aus.

Ein Vorkämpfer als Wanderredner, das ist die ungeliebte Spielart im deutschen Diplomatentum. Fast keine Woche vergeht, in der sich der Herr Gemahl der deutsch-amerikanischen Millionärstochter Ludwiger nicht angetrieben fühlt, irgendwo in der Union eine offizielle Rede vom Stapel zu lassen. Mit solcher Redewort erhöht man deutschen Einfluß in den Vereinigten Staaten nicht. Weiß man denn nicht, wie man in hervorragenden nordamerikanischen Kreisen über die Austauch-Professoren und die kaiserliche Gesandtschaftspolitik spottet, wie man die Geschäftigkeit dieses bewußtlosen und wie auch schon Bernstorffs Redetätigkeit auffällig empfunden wird? Sollte Bernstorff in einer Einmischung auf die Beratungen des von Albrichtschen Holtorf-Gesandtschaft zugewandten der hochmänniglichen Holtorf-Gesandtschaft arg bedrohten Indemnationsange nicht ein erspürlicheres Feld der Tätigkeit finden als bei den Beeftest-Dinern in Boston, Milwaukee, Chicago, Pittsburg, Columbus und New York, auf denen er seit drei Wochen seine Fähigkeiten in akter danner speeches bewundern läßt? Wir haben dieser Beleuchtung der „Tätigkeit“ als „hervorragenden“ deutschen Diplomaten nichts hinzuzufügen.

Gegen die Drangsalierungen der Arbeiterturnvereine.

Zu einem lebhaften Protest gegen die preussische Schulverwaltung und den Berliner Magistrat gestaltete sich in Berlin eine Versammlung, die am Donnerstag vom Turnverein Jüdische einberufen war. Es mögen etwa 8000 Personen anwesend gewesen sein; Hunderte fanden keinen Einlaß. Zweck der Versammlung war, gegen die Ungeheuerlichkeiten zu protestieren, mit denen die preussischen Behörden glauben, den Arbeiterturnern den Garaus machen zu können.

Das Provinzial-Schulkollegium hatte eine Verfügung erlassen, in der von den Turnvereinen des Vereins ein Verbot erteilt wurde, die Erlaubnis für die Erlaubnisvergabe zu verlangen, die die jugendlichen Schüler- und Jugendabteilungen leiten. In Jugendläden in der Sinne der Regierung sollen alle Personen gehören, die ab 21. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Zur Begründung dieses Anstimmens müßten Verordnungen aus den Jahren 1808, 1834 und 1839 herhalten. Die Leiter wurden unter Androhung von Strafe aufgefordert, den Wünschen der Schulbehörde zu entsprechen; in letzter Zeit wurden etwa 140 solcher Verfügungen erlassen.

Die von den Betroffenen beantragte Erteilung eines Erlaubnisbescheides wurde ohne Angabe von Gründen verweigert. Der Berliner Magistrat glaubte, noch ein Webriges an zu müssen. Er teilte dem Turnverein mit, daß er die jugendlichen Turnvereine auf „höhere“ Anweisung, daß er die jugendlichen Turnvereine dem Verein nicht mehr zur Verfügung stellen könne.

Die jugendlichen Turnvereine tumelten jetzt in privaten Sälen. Den betreffenden Gastwirten wurde darauf bei Strafe verboten, die Säle weiterhin den jungen Leuten zu überlassen. Die Beschwerden gegen die Strafverfügungen und gegen die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums wurden von der Reichsbehörde nicht beantwortet.

Wie der Referent — Genosse Wolfgang Heine — ausführte, ist das Vorgehen der Behörde durchaus ungesetzlich. Ein Erlaubnisbescheid ist nur dann erforderlich, wenn Unterricht an Stelle des öffentlichen Schulunterrichts an Schulen erteilt wird. Auch seien die Verordnungen durch Reichsgesetz, und zwar durch die Gesetzesordnung, längst aufgehoben.

Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die verlangt, daß die durch das Provinzial-Schulkollegium erlassene Verfügung aufzuheben sei, und der Berliner Magistrat aufgefordert wird, die gleichen Rechte, die bürgerlichen Turnvereinen zugestanden werden, auch den Arbeiterturnvereinen zu gewähren.

Der Maurer Klotz aus Selbungen (Kreis Sondersburg) ist nach seiner am 20. September 1904 erfolgten Entlassung aus dem Militärdienst dauernd an Herzschwäche. Er stellte deshalb bei der Militärbehörde den Antrag, ihm eine Pension zu bewilligen. Das Bescheid wurde er damit, daß er sich das Leben während seiner Militärdienstzeit abgespart habe, da er wiederholt mitgehört worden ist, als er keine Antwort auf sein Gesuch erhielt, richtete er ein erneutes Gesuch an seinen Regimentskommandeur. Hierin wurde eine Abkündigungserklärung gefunden; anstatt der Rente erhielt Klotz 14 Tage Gefängnis.

Da Klotz lebend war, trat er trotz wiederholter Aufforderungen die Strafe nicht an; schließlich wurde er verhaftet. Als Klotz 14 Tage hinter sich hatte, richtete er nochmals eine Eingabe an die Militärbehörde ein; er erhielt aber, daß im Falle der Verurteilung ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet sei, und zwar hauptsächlich wegen Bekahrens im Angehorien. Diese Strafe sollte durch die Weigerung, die Strafe anzunehmen, dagegen noch zu sein.
Das Kriegsgericht bekam es nichtig fertig, den schon seit mehr als vier Jahren im Bivouak lebenden Klotz wegen Bekahrens im Angehorien und eines anderen Vergehens zu sieben Jahren Gefängnis zu verurteilen. Dem Gerichtsherrn war die Strafe

nach zu gering; er legte Berufung ein und das Oberkriegsgericht erkannte jetzt auf drei Monate Gefängnis!

Der Bericht wurde festgestellt, daß Koch an Herzschwäche leide und von seinen Eltern unterhalten werden muß, da er vollständig arbeitsunfähig ist.

Ein Nachruf.

Ein ebenso merkwürdiges wie erbauendes Beispiel herrschaftlicher Revanche wird aus dem württembergischen Oberamt Wangen berichtet. Im Angelegenheit eines Lokalbüchlers, des Regenten, findet sich das nachstehende vom württembergischen Landtagsabgeordneten Speich unterzeichnete Dekret:

Nachdem von bestimmter Seite unter Bezugnahme auf meine in der Abgeordnetenversammlung am 14. April 1905 erfolgte Verteidigung der „Fünfhingmorgengänge“ einer größeren Anzahl Spassbesitzer zur Heimgabe gelangt worden ist, sind mir von einer württembergischen öffentlichen Kasse unter günstigen Bedingungen 300000 M. für die Betroffenen zur Verfügung gestellt worden. Ich erlaube, mich wegen unentgeltlicher Beschaffung der Anleihen sofort an mich zu wenden.

Dazu kommt der entnehmend über den „Fall“ unterrichtete demokratische „Beobachter“ erläßt:

„Die bestimmte Seite“ ist die Herrschaft Wolfegg. Sie hat den Bauern, die ihre Schuldner sind, das Kapital gelündigt, weil der Abgeordnete des Bezirks die Fünfhingmorgengänge der Bauern verteidigte und sich nicht für die Dinaufhebung der Morgenzahl, was — wie wir zugeben wollen — für die Herrschaftsjahrgänge von Vorteil gewesen wäre, ins Zeug legte. In welchem Umfang die Kündigung geschah, deutet obige Summe (300000 Mark) an. Man vergessenswürdig sich den unentgeltlichen Vorgang: Ein Abgeordneter ist im Landtag keine Ueberzeugung aus. Diese Ueberzeugung mißfällt der Standesherrschaft. Sie kratzt dafür nun — nicht den Abgeordneten, der für seine Ausführungen in der Abgeordnetenversammlung nach der Verfassung immun ist, sondern sie kratzt die Wähler, die einen solchen Abgeordneten gewählt haben. Und zwar geschieht das sofort mit dem unter Umständen empfindlichen Mittel für einen einzelnen: mit der Kündigung der Kapitalien.

Nach der Auffassung der Junker und Junkerengenossen bedeutet jeder Eingriff in angebliche Rechte ihrer Klasse ein Verbrechen, das unantastbar gelte.

Kontrollverfammlungen.

Als sich in Ettlingen bei Neckstraße bei der Kontrollverfammlungen eine kleine Unruhe zeigte, griff der dienhabende Offizier einen beliebigen Mann mit den Worten heraus: „Sie da, mit der roten Strawatte, kommen Sie mal raus!“ „Der Mann wird bestraft.“ „Ist es aus dem Munde des Offiziers, und „der Mann“ bekam tatsächlich 48 Stunden Arrest, obwohl ihm nicht zum Bewußtsein gekommen ist, daß er die Unruhe verursacht hatte. Nach Verbüßung der 48 Stunden konnte er sich ja beschweren.

Der Zentrumsherrsch. Bei der Ertragwahl für den Reichstag wurde am Freitag im Wahlkreis Eßlingen-Weinheim am See die Wählerliste der Herzog von Arenberg (Zentrum) mit 13 600 Stimmen gewählt.

Bei der Reichstagswahl 1907 fielen in jener Zentrumskandidat der Zentrumskandidat Wattenhoff mit 22 579, das heißt mit 33,7 Proz. aller abgegebenen Stimmen.

Gegen die Schiffahrtsabgaben. Von dem Verein zur Förderung der Elbe-Schiffahrt in Magdeburg ist vor kurzem der Gedanke erstanden worden, die Schiffahrtsabgaben nicht auf Mitteldeutschland zu einem Schiffahrtskongress einzuberufen, um in einmütiger Beschlussfassung gegen die Erhöhungen, die dem Binnenverkehr zu bringen, Stellung zu nehmen. Nachdem die von dem Magdeburger Verein gegebene Anregung inzwischen vielfache Zustimmung gefunden hat, ist der ursprüngliche Kreis der Schiffahrtsabgaben erweitert, und es sind nun auch die Berufsvereine aus den übrigen Stromgebieten zu einer Legung, dem „Ersten Deutschen Schiffahrtstage“, auf den 21. Mai nach Berlin einberufen worden. Es handelt sich dabei darum, einen geschlossenen Appell an die öffentliche Meinung, an das Parlament und die Staatsregierung zu richten und besonders einen entschiedenen und nachdrücklichen Widerstand gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben, wie auch gegen veränderte sonstige von der Regierung geplante Maßnahmen kundzugeben.

Ein Spionageprozeß findet am 26. und 27. Mai vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts statt. Angeklagt sind der Agent Schweng in Kilmann, zuletzt in Belfort, ferner der Kaufmann Bohn in Mülhausen i. E., sowie die Frau Schweng, Mutter des Erstgenannten. Die Anklage lautet auf versuchten Verrat militärischer Geheimnisse.

Die Ermordung der beiden deutschen Forschungsreisenden Dr. Bruns und Schmitz in China wird nun vom kaiserlichen Amt behauptet. Es ist ihm jetzt darüber eine Mitteilung zugegangen. Die chinesische Regierung hat eine Strafexpedition abgeleitet.

Neue politische Nachrichten. Im österreichischen Abgeordnetenhaus begründete Malaret am Freitag die Dringlichkeit seines Antrags wegen des Agrarministerprojektes und verteidigte die Kompetenz des Reichsrates, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, damit, daß österreichische Slowenen, ja sogar Ungarn, beabsichtigt worden seien, an einer angeblich hochvertraulichen Organisation teilzunehmen; dann wies er nach, daß weder formell noch tatsächlich im Projekt der Beweis einer hochvertraulichen Organisation im Sinne des Reichs erbracht sei. Malaret wird keine Ausführungen in der nächsten Sitzung am 18. Mai vorlegen. — Die französische Kammer legte am Freitag die Beratung der Reform der Kriegsgesetze vor. — Das englische Unterhaus nahm am Freitag die zweite Lesung der Bill an, die den für römische Katholiken gegenwärtig bestehenden Ausschluss von den verschiedenen Ämtern und verwandten öffentlichen Stellen, die sich gegen die Katholiken richten, aufzuheben bezweckt. — In der Freitagssitzung der spanischen Kammer erklärte der Justizminister, die Verhandlungen mit Marokko seien nur vorläufig worden. Die Frage in Marokko gäbe zu bevorstehenden keine Veranlassung.

Rusland.

Italien.

Der Freispruch der Syndikalen von Parma. 14. Vor den Rissen von Parma sind sechsen 52 organisierte Arbeiter freigesprochen worden, die nach dem Generalstreik in Parma am 20. Juni v. J. unter Anklage gestellt worden waren. Die Anklage lautete auf: bewaffneter Aufruhr gegen die Staatsgewalt, Verbrechen und Bildung einer verbrecherischen Verbindung. Nach der Anklageschrift der Voruntersuchung sollten die Angeklagten, die in der Arbeitskammer verhaftet wurden, aus diesem Gebäude und von dessen Dach Kauersteine geworfen und Schüsse abgegeben haben. Durch großes Aufsehen der Presse hatten weiter die Richter der Voruntersuchung eine veränderliche Verabredung aufzusuchen gelehrt. In Wirklichkeit war am 20. Juni in Parma folgendes geschehen: Die seit dem 1. Mai freiziehenden Landarbeiter hatten sich massenhaft an dem Bahnhof begeben, um einen Zug mit Streikbrechern zu empfangen und die Ankommlinge zur Weiterfahrt zu bewegen. Dabei hatte das Corps der freiwilligen Arbeiter, das aus jungen bei der Konzeption befindlichen, die Streikenden provoziert und sogar Schüsse auf sie abgegeben. Die Streikenden hatten reagiert

und bei einem Revolverangriff wurden weitere Arbeiter verletzt. Der Freispruch wurde durch die Arbeitskammer von Parma militärisch befestigt, ihre Register beschlagnahmten, ihr Exekutivkomitee beschlagnahmten. Daraus wurde der Generalstreik in der ganzen Stadt proklamiert und erst nach Freigabe der Arbeitskammer aufgehoben. Während dieses Generalstreiks, bei dem die Truppen teilweise das Stadtbüro „Cittàrevere“ räumen mußten, sind natürlich Uebergriffe von der Seite jener Elemente vorgekommen, die jede größere Stadt brennt, und die bei solchen Gelegenheiten an die Oberfläche kommen.

So hatte man einen Streikprozess zusammengebracht, von dem die Arbeiter von Parma einige Jahrzehnte Zuschuss erwarteten. Aber die Verurteilung brachte das ganze Gebäude der Anklage zu Fall. Sogar der Regierungspräsident selbst erklärte, daß er leinisch der Mitglieder des Exekutivkomitees der Arbeitskammer eines Verbrechens für schuldig hielt. Die öffentliche Ordnung sei durch die „freiwilligen Arbeiter“ gestört worden! Das Ende vom Liede war — trotzdem die Richter als Zeugen wieder durch allerhand Vorbeschichten die Anklage bekräftigen —, daß der Staatsanwalt selbst die Anklage zurückzog.

Die 63 Freigesprochenen, die seit dem Juni v. J. in Untersuchungshaft saßen, wurden mit Jubel wieder von ihren Familien aufgenommen. Wer schuldig ist aber für die lange Gefängnisstrafe, die sie der Polizeipolizei und der Dummheit der Untersuchungsrichter danken.

Gegen die sieben städtigen Angeklagten ist am 10. Mai verhandelt worden, wobei wegen der allen gemeinsamen Anklagen auf Freisprechung erkannt wurde. Nur der Angeklagte De Ambrois wurde wegen Mitschuld an verbotener Teilnahme an einem Jahre Gefängnis und Banzerotti, der verantwortliche Redakteur der Internationalen, wegen Aufreizung zum Massenmord zu neun Monaten verurteilt. Die zweite Strafe fällt unter die jüngste Amnestie. Dem Verurteilten De Ambrois kommt der gleichzeitige Straferlass zugute, der seine Strafe um 6 Monate vermindert.

Rußland.

Das Urteil gegen Lopuchin.

Petersburg, 14. Mai. Die gesamte Presse ist mit dem Urteil im Prozess Lopuchin unzufrieden. Die öffentliche Meinung hält das Erkenntnis für nicht als einen niederen Racheakt Stolypin gegen seinen früheren Schuldenknecht und Zugsfreund. Sogar die konservativen Blätter, die von Anfang an Stolypin, schreibt: „Der Ausgang des ganzen Prozesses kann das öffentliche Bewusstsein nicht befriedigen, denn Lopuchin ist nicht ein Angeklagter, sondern ein Verurteilter, was ihn veranlaßt hätte, Agon zu vertragen. Ueber dem ganzen Prozess schwebt Dunkel. Das alles nimmt ihm seinen Wert, um so mehr, als die Öffentlichkeit fest darauf besteht, daß sich hierbei auch die Frage: „Affäre“ aufzuklären würde. Wir hoffen, daß die russische Justizpflege die Möglichkeit besitzt, den Fehler wieder gutzumachen.“

Perien.

Verhängung des Strafrechts zum Schutze der Verfassung.

Tel Aviv, 14. Mai. Ein auslicher Erlaß des Ministeriums droht strenge Bestrafung den Personen an, die die gegenwärtige Verfassung durch Wort oder Tat angreifen oder die Freunde der Verfassung beleidigen. Ein Erlaß über die Verhängung des Strafrechts gibt nicht nur den Polizeibehörden und Gendarmen, sondern auch allen Staaten das Recht, Maßnahmen zu ergreifen und zu ergreifen. So betreffende Personen werden vom Kriegsgericht abgeurteilt.

Tel Aviv, 14. Mai. Im Reichsrat wurde eine Kommission von 21 Mitgliedern gewählt, um ein neues Wahlrecht auszuarbeiten. Ein Antrag des Ministeriums fordert die Bevölkerung auf, sich zu beruhigen.

Neues aus aller Welt.

Die Eisenbahnkatastrophe im Elsaß.

Kolmar i. E., 14. Mai. Die Kunde von dem außerordentlich schweren Eisenbahnunglück bei Gerlisheim durchwehte heute in aller Morgenfrühe die Stadt. Nachts um 10^{1/2} Uhr ging von Kolmar der Güterzug 6040 in der Richtung nach Mülhausen i. E. ab. Auf bisher noch nicht geklärt Weise, wahrscheinlich infolge von Ueberdrehung, explodierte der Kessel der Güterzuglokomotive auf freier Strecke bei Kilometer 756 oberhalb von Gerlisheim. Die Trümmer der Lokomotive fielen auf die benachbarte Schnellzuggleise; im selben Augenblick geriet durch die hoch aufsteigenden Flammen auch der vordere Teil des Güterzuges in Brand. Der brennende Güterzug entgleiste. In diesem Augenblick raste der D-Zug Nr. 161 Basel—Amsterdam, der um 9 Uhr 52 Minuten von Basel abgegangen und um 10 Uhr 37 Minuten in Kolmar hätte sein, in den brennenden Güterzug hinein. Der D-Zug stand sofort in Flammen, entgleiste und stürzte den Bahndamm hinab. Er fiel in das zum pflanzigen Terrain, das dort den Bahndamm begleitet, und verbrannte vollständig, da sofortige Hilfe nicht zur Stelle war. Dazu kam, daß ein starker Nordwind die Ausbreitung der Flammen begünstigte. Vom Güterzug wurde etwa der fünfte Teil ein Raub der Flammen; nur die hinteren Wagen des Zuges konnten gerettet werden.

Von Gerlisheim aus wurde die Rettungsbahn eingeleitet. Von Kolmar eilten sämtliche Kräfte an die Unglücksstelle: ein Hülfzug wurde abgeleitet. Die kaiserlichen Dragoner und die Sanitätskolonne aus Kolmar versuchten tatkräftig einzugreifen. Es gab aber nur wenig zu retten. Der herabgestürzte D-Zug lag im Sumpf, und es fehlte jeder Stützpunkt, um die umgeworfenen Wagen aufzurichten. Vergeblich waren alle Anstrengungen. Wenn es von den Passagieren des D-Zuges nicht gelang, sich durch sofortiges Herabspringen aus dem brennenden Zuge zu retten — und dazu waren bei der Schnelligkeit, mit der sich die Katastrophe abspielte, nur wenige imstande — stürzte mit dem Wagen in den Sumpf. Man sieht auf dem tränen Wasser Kinderbälle, Schwämmen, verminten aber keinen Laut, kein Schreien und Schreien, das sonst bei Eisenbahnunfällen eine so grausige Melodie bildet. Wen die Hülfsmannschaften retten konnten, wurde nach Kolmar oder Mülhausen geschafft.

Kolmar, 14. Mai. Bis jetzt steht fest, daß vier Beamte und ein Reisender getötet und drei Postbeamte und zwölf Reisende schwer verletzt sind. Der Fabrikant Buchholz aus Strefeld erlitt einen Beinbruch. Vermißt wird niemand mehr. Der Heizer und der Maschinenführer der Güterzuglokomotive wurden unter den Trümmern tot und vollständig verbrannt festgefunden. In der Kasse des D-Zuges fand man als einzigen unverletzten Gegenstand einen Rosenkranz. Die meisten Passagiere, Frauen und Kinder, begaben sich, in Decken gehüllt, nach Gerlisheim, von wo sie nach Kolmar befördert wurden.

Kolmar, 14. Mai. Nach den bis mittag vorliegenden Meldungen sind bei dem Eisenbahnunglück fünf Personen getötet und vierzehn verletzt worden, darunter mehrere Frauen.

Gerlisheim, 14. Mai. Ähnliche Meldung. Der verletzte Lokomotivführer Kraus, vom Güterzug 6040, befindet sich im Dolmetschertal Mülhausen. Bei der Verlegung nach unten. Bremser Edward Camber-Schillingheim hat Bruch von zwei Rippen und Verletzung an der Schulter, und ist im Bürgerhospital in Kolmar. Weitere Verletzte sind nicht gemeldet, vermutlich, weil die Verletzungen unerblicklich sind. Die Angehörigen sind benachrichtigt.

Strasbourg, 14. Mai. Die die Generaldirektion der Reichseisenbahnen mitteilt, sind auf der Unglücksstätte in Gerlisheim weitere Leichen nicht aufgefunden worden. Die Leichen haben sich nach dem Unfall sofort nach allen Richtungen zerstreut, so daß es sehr schwierig war, Zahl und Namen sämtlicher Verwundeten festzustellen.

Strasbourg, 14. Mai. In dem Eisenbahnunglück bei Gerlisheim teilt die Kaiserliche Generaldirektion der Eisenbahnen (Eisenbahnminister) mit, daß von 6 Uhr 30 Min. an der Verlesenenverkehr in beiderseitigem Umfang mit Ausnahme an der Unfallstelle wieder aufgenommen wurde. Die Aufräumungsarbeiten werden mit Beschleunigung aller Kräfte fortgesetzt.

Wilhelmsbad, 14. Mai. Bei den Schießübungen der Artillerie ist heute nachmittag der Patronenartillerie Einjährig-Erhältnis durch frühzeitiges Zergehen des Geldes getötet und der Einjährig-Erhältnis schwer verwundet worden. Vier andere Patroten wurden leicht verletzt.

Tredner Polizeibericht vom 16. Mai.

Am 10. Mai ist bei der Uebernahme eines Fleischermeßers auf der Kamenzer Straße ein Unbekannter erwischt und hat eine Fleischwunde, einen Hinteimer, ein Bein und ein Dackewasser mit dem Bemerkten abgehoben, diese Gegenstände habe ihr Eigentum gekauft und er sei mit der Ueberbringung beauftragt worden. Der Unbekannte hat sich für keine Bemerkungen 1,50 M. geben lassen und eine Leinwand mit H. Schmidt unterzeichnet. Nachträglich hat sich jedoch herausgestellt, daß die Angaben unrichtig sind. Es wird angenommen, daß diese Gegenstände tatsächlich an die falsche Adresse gelangt oder irgendwo gelassen worden sind. Sachdienliche Bemerkungen werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Wetterprognose des k. k. Meteorologischen Instituts zu Tredner am 16. Mai 1906.

Beidseitige Luftbewegung; wechselnde, meist schwache Bewölkung; mäßiger; vorwiegend trocken, aber Neigung zu stürmischen Störungen und Gewittern.

Wetterbericht von der Wetterkante an der Auguststraße am 15. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer: 754. Veränderlich. Thermometer: + 15° M. Thermograph: Min. + 5, Max. + 15. Hygrometer: 50%. Wasserstand: — 08.

Letzte Telegramme.

Blond leidet Sträuben gegen das Konfessionsprivilegium.

Bonn, 15. Mai. In einem Berliner Telegramm wird der Köln. Zeitung von einer Seite, die die Aufsichten des Fürsten Sillow zu kennen in der Lage ist, erklärt, alles was in der Kommission geschehen sei, könne einen maßgebenden Einfluß auf die Entscheidungen des Fürsten in seiner Weise ausüben. Erst wenn die Beschlüsse des Reichstages vorliegen, würde der Reichskanzler zu erwägen haben, welche Stellung er ihnen gegenüber einzunehmen hat. Es wird „auf das Bestimmteste“ in Kürze gestellt, daß der Reichskanzler mit dem Zentrum wegen Bildung einer neuen Mehrheit verhandelt habe, und es wird hinzugefügt, daß der Kanzler „auch in Zukunft nicht“ die Absicht habe, mittels eines konfessionsprivilegialen Mandatbeschlusses auf die Durchsetzung des Reformprogramms hinzuwirken.

Reichstagsdispositionen.

Berlin, 15. Mai. (Privattelegramm.) Die Dispositionen über den Geschäftsbetrieb im Reichstage wurden heute vormittag im Seniorensenat erörtert. Der Fortgang der Geschäfte hängt von der Arbeit in der Finanzkommission ab. Diese kann in die zweite Lesung der Steuerentwürfe nicht eher eintreten, bis die Regierung die Entschlüsse für die ausgefallenen Steuern vorgelegt hat. Der Seniorensenat ersuchte den Präsidenten, die Regierung zu veranlassen, die Entschlüsse sobald wie möglich vorzulegen. Je nach der Antwort des Reichskanzlers wird dann der Seniorensenat vor Pfingsten noch einmal zusammentreten, um weiter über die Geschäftsfrage zu beraten.

Somit wurde angenommen, daß die dem Reichstage nach vorliegenden dringenden Arbeiten bis Dienstag, spätestens Mittwoch erledigt werden, so daß dann der Reichstag in die Pfingstferien treten kann. Die Finanzkommission soll noch über diese Zeit hinaus tagen, soweit sie noch Arbeiten in der ersten Lesung zu erledigen hat. — Dem Präsidenten wurde die Ermächtigung gegeben, je nach dem Stande der Dinge die Plenarsitzungen nach Pfingsten noch seinem Ermessen einzuberufen.

Vor den Pfingstferien soll der Reichstag noch erledigen: Die erste Lesung des Schutzgebietengesetzes, die erste Lesung des Gesetzes über die Verwaltung des Invalidenfonds, die zweite und dritte Lesung des Gesetzes über den unklarerer Bestreuer; ferner die dritte Lesung des Werner Uebernehmensgesetzes, des Reichsdruckabkommens zwischen Deutschland und Amerika, des Münz-, Bank- und Wechselgesetzes; außerdem wird noch die Interpellation der Zwillingen über die Verfassung in Weidenburg verhandelt.

Der preussische Mandatbeschl.

Berlin, 15. Mai. (Privattelegramm.) Das preussische Abgeordnetenhaus wird am Dienstag den 18. Mai über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der vier angeführten sozialdemokratischen Mandate verhandeln.

Der französische Poststreik.

Paris, 15. Mai. Der Verwaltungsausschuß des Eisenbahner-Syndikats hat für Montag eine Versammlung der Gruppe des Seinedepartements einberufen, die über ihre Stellung zum Poststreik beraten wird.

Paris, 15. Mai. Im heiligen Ministerium ist festgestellt worden, daß der Gesetzentwurf über das Benutzen des Postens durch die Gruppe des Seinedepartements einberufen, die über ihre Stellung zum Poststreik beraten wird.

Paris, 15. Mai. In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, daß der nationalistiche Republikaner Augustin Contant unter Hinweis auf die Vorgänge in der gestrigen Kammer Sitzung am Montag eine Resolution einbringen wolle, nach der die Kammer in dem Bewußtsein ihrer Ohnmacht die Regierung auffordert, dem Präsidenten der Republik den Antrag auf Auflösung der Kammer zu unterbreiten. Es handelt sich natürlich nur um eine Demonstration der Nationalisten.

Das heutige Blatt umfaßt 18 Seiten.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 110.

Dresden, Sonnabend den 15. Mai 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Pluralwahlgesetz und Ausführungsverordnung.

Endlich ist das neue Pluralwahlrecht publiziert worden. Gleichzeitig ist auch die Ausführungsverordnung hierzu erschienen. Neues kann nur die letztere bringen, denn das Wahlgesetz muß so veröffentlicht werden, wie der Landtag es beschlossen hat. Natürlich muß sich das Ministerium auch bei der Ausführungsverordnung an das Gesetz halten. Doch bringt sie für einige Bestimmungen eine genauere Deklaration. So wird im § 2 der Ausführungsverordnung festgestellt, daß die Fristen für die Dauer der Staatsangehörigkeit (2 Jahre) und des Wohnsitzes (6 Monate) als Voraussetzung der Stimmberechtigung am Tage des Abschusses der Wählerlisten erfüllt sein müssen. Wörtlich heißt es dann weiter:

Ist ein Ort in mehrere Wahlkreise geteilt, so braucht der Wähler nicht auch noch zur Zeit der Wahl im Wahlkreise, in welchem er wählen will, zu wohnen, vielmehr genügt es in diesem Falle, wenn er in einem der Wahlkreise wohnt, in die der Ort der Wohnsitzauflösung geteilt ist. Er kann sein Wahlrecht aber nur in dem Wahlkreise ausüben, in dem er zur Zeit der Aufstellung der Liste gewohnt hat.

Wer einen mehrfachen Wohnsitz hat, ist dort wahlberechtigt, wo er einmündig und wahlberechtigt ist.

Der § 10, wonach vom Stimmrecht Personen ausgeschlossen sein sollen, die bei Abschluß der Wählerliste mit dem seit länger als einem Jahre fälligen direkten Staats- oder Gemeindesteuern im Rückstande sind, wird dahin ausgelegt, daß als Steuerrückstände nicht nur die als Beste festgestellten Beträge, sondern auch die als uneinbringlich im Falle festgestellten Beträge, dagegen nicht die auf Ansuchen erlassenen Steuerbeträge gelten.

Armenunterstützungen gelten dann als zurückgestellt, so daß sie kein Hindernis für die Ausübung des Wahlrechts mehr sind, wenn die Erstattung noch bis zum Tage des Abschusses der Wählerliste nachgewiesen wird.

Die Anfertigung und Auslegung der Wählerlisten sollen durch folgende Bestimmungen geregelt werden:

Die Unterlagen, die für die Ermittlung der Stimmensahl erforderlich sind, haben sich die mit der Aufstellung der Wählerlisten betrauten Behörden zunächst durch Einsicht in die Personalakten, Geburtenregister, Steuerkataster usw. zu verschaffen. Wenn auf diese Weise keine genügende Kenntnis der in Frage kommenden Tatsachen zu erlangen ist, sind die Wahlberechtigten zur eigenen Verbringung der Nachweise zu veranlassen.

Die Wählerlisten sind nach dem unter A beigefügten Muster anzulegen.

Die Wahlberechtigten sind dort unter fortlaufender Nummer mit Familiennamen und Vornamen sowie unter Beifügung ihres Standes oder Berufes in alphabetischer Ordnung aufzuführen. Für die alphabetische Ordnung ist der Familienname maßgebend.

Die Listen der Wahlberechtigten dürfen auch in der Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach der Hausnummer und erst für jedes Haus die Wahlberechtigten alphabetisch geordnet werden.

Der Tag, von dem an die Wählerliste auszuliegen ist, und der Tag, an dem die Liste abzuschließen ist, werden vom Ministerium des Innern bekanntgegeben.

Die Listen sind an sieben aufeinanderfolgenden Tagen während der Geschäftsstunden, die bei der auslegenden Behörde üblich sind, auszuliegen. Die in diese Frist fallenden Sonn- und Feiertage sind, auch wenn an ihnen die Geschäftsstunden geschlossen bleiben, in die Frist einzurechnen. Ist aber der siebente Tag ein Sonn- oder Feiertag, so ist die Frist um einen Tag zu verlängern.

Ist jemand in die Wählerliste eingetragen, dem das Stimmrecht nicht oder nicht mehr zusteht, so ist dies, sobald es bekannt wird, zu berichtigen.

Die nach § 19 Absatz 2 des Gesetzes ergehenden Entscheidungen (über Eintragungen in die Wählerliste) sind den Beteiligten zu eröffnen.

Im Falle einer Berichtigung der Liste ist der Grund der Streichung oder Nachtragung unter Angabe des Datums am Rande der Liste zu vermerken. Einwände Belege sind der Liste beizufügen.

Die berichtigte Liste ist an dem vom Ministerium des Innern bestimmten Tage durch die zuständige Ortsbehörde abzuschließen. Hierbei ist zu berücksichtigen, innerhalb welcher Zeit die Wählerliste zu jedermanns Ansicht ausgelegt hat, und daß die Abgrenzung des Wahlbezirkes, der Name des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters sowie der Lokal, Tag und Stunde der Wahl ordnungsgemäß vor dem Wahltermin bekannt gemacht worden sind.

Nach Abschluß der Wählerliste ist die weitere Aufnahme und Eintragung von Wählern untersagt. Die Streichung von Wählern hat in dem in § 10 bezeichneten Falle (die allgemeinen Ausschlußbestimmungen) auch nach dem Abschluß der Liste zu geschehen.

Die Ortsbehörde hat die Wählerliste, von der sie eine beglaubigte Abschrift in Verwahrung zu behalten hat, dem Wahlvorsteher zur Bemerkung spätestens drei Tage vor der Wahl auszuliegen.

Weiter heißt es:

Die in § 20 Absatz 2 vorgeschriebene Benachrichtigung (der Wähler über den Wahltermin) darf auch auf offener Postkarte geschehen. In ihr ist die laufende Nummer mit anzugeben, unter der der Wähler in der Wählerliste eingetragen ist.

Die Wahlhandlung hat vormittags 10 Uhr zu beginnen und ist frühestens nachmittags 9 Uhr zu beenden. Ihre Dauer darf je nach Bestimmung der in § 15 Absatz 1 des Gesetzes bezeichneten Behörden bis auf höchstens 9 Stunden verlängert werden.

Die zur Stimmabgabe geforderte Zeitdauer darf, sobald sie bekanntgegeben worden ist, nachträglich nicht abgekürzt werden;

es müßten denn alle in die Liste eingetragenen Wähler bereits ihre Stimme abgegeben haben.

Nach Ablauf der zur Abstimmung gesetzten Zeit ist niemand, der nicht bereits im Wahllokale ist, zur Wahl noch zuzulassen.

Die Amtskauptmannschaften und Stadträte in den Städten mit der notifizierten Städteordnung haben die Wahlvorsteher, soweit nötig, wegen ihrer Wahlgeschäfte zu befehlen und anzuweisen.

Die Umschläge zu den Stimmzetteln werden vom Staate geliefert. Die Stimmzettel müssen mindestens 6:9 Zentimeter groß sein.

Nachdem gemäß § 22 Absatz 9 des Gesetzes (bei der Stimmensauszählung) die Stimmzettel geordnet worden sind, sind zunächst die weißen mit D bedruckten, dann die gelben mit dem Ausdruck C, hierauf die grünen mit dem Ausdruck B, endlich die blauen mit dem Ausdruck A zu öffnen.

Jeder Umschlag ist einzeln von einem der Wahlgeschäfte zu öffnen, der Stimmzettel ist herauszunehmen und dem Wahlvorsteher zu übergeben. Dieser hat ihn laut vorzulesen, über seine Gültigkeit, soweit nötig, sofort beschließen zu lassen und darauf den Zettel mit dem Umschlage einem anderen Wahlgeschäfte weiter zu reichen.

Alle Zettel, über deren Gültigkeit der Wahlvorstand einen besonderen, zu Protokoll zu verlaufenden Beschluß gefaßt hat, sind mit dem Umschlage, dem sie entnommen wurden, dem Wahlprotokolle beizufügen und — je nach der verschiedenen Gruppe — mit A, B, C oder D — zu versehen. Die ohne weiteres als gültig befundenen Stimmzettel jeder Gruppe sind getrennt zu sammeln und in vier einzelnen Paketen oder Umschlägen zu verpacken.

Erst nachdem mit den Zetteln der einen Gruppe in dieser Weise bis zum Ende verfahren worden ist, darf mit der Öffnung der Umschläge der nächsten Gruppe begonnen werden.

Bei Stimmgleichheit im Wahlvorstande gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Der Protokollführer nimmt den Namen jedes Kandidaten, der Stimmen erhalten hat, in das Protokoll auf und vermerkt bei dem Namen des Kandidaten die auf ihn gefallenen Stimmen.

Die übrigen Vorschriften interessieren nur die Behörden und die Wahlkommissionen.

Nationalliberale Entdeckungen beim Pluralwahlrecht.

Vor einiger Zeit gelangte eine vom Generalkonferenz Dr. Westerberger im Auftrag des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen herausgegebene Broschüre, betitelt: „Das neue Sächsische Wahlgesetz“, in die Öffentlichkeit, in der neben einer kurzen Schilderung des ungeheuren Wahlrechtschadens dem allerdings nicht ganz nach nationalliberalen Gedankens ausgefallenen neuen Wahlrecht Vorklüber gelungen und die vielen Vorzüge, die es an sich hat, aufgezählt werden. Als fünfte Tugend ist in Fettdruck hervorgehoben: „Das Recht zu wählen hängt nicht von einer Steuerleistung ab.“ Der Verfasser ist das ganze Wahlgesetz, wie es vom Landtage beschlossen wurde, begeben.

Im § 9 heißt es aber: „Stimmrecht ist jeder Sachse männlichen Geschlechts, der eine direkte Staatssteuer im Königreich Sachsen entrichtet ist.“

Man muß sich wahrlich darüber wundern, daß von Herrn Dr. Westerberger diese ungeschwehliche Entdeckung vieler sächsischer Staatsbürger durch die Bestimmung des § 9 im Wahlgesetz einfach totgeschwiegen, ja aus diesem neuen Unrecht sogar ein Vorzug gemacht wird. Es wird eine nicht zu unterschätzende Zahl von Staatsbürgern geben, deren Einkommen weniger als 400 M. beträgt und die demzufolge keine direkten Staatssteuern entrichten, sondern auch kein Wahlrecht besitzen. Unfalls, Zwangslosen und Altersrentner, alle sie sind für den Staat, für den sie ihr Gut und Blut eingesetzt haben, und für die Parteien, die das Wahlrecht geschaffen haben, so wertvoll, daß man ihnen das gewiß doch recht billige Stimmrecht nicht einmal zubilligt. Die Nichterwählung dieser Tausende in Dr. Westerbergers Broschüre läßt nur den Schluss zu, daß die Broschüre sichtlich zusammengeschuppt und der Verfasser aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen hineingekommen ist, oder daß sie absichtlich unterließ, weil man sich der Entdeckung vornehmlich literarischer Staatsbürger schämt. Unsere Aufgabe wird es mit sein, auch diesen vollständig Entrechteten die Augen zu öffnen.

Vorgehensmaßnahmen.

Die mehrfach erwähnten betrüblichen Manipulationen, die beim Verkauf angeblich echter Meißner Porzellanwaren vorgekommen sind, waren am Freitag Gegenstand einer Verhandlung vor der Staatskommission in Bautzen. Angeklagt war der 43 Jahre alte Porzellanhändler Schneider in Bautzen; er war beschuldigt, seit dem Jahre 1904 fälschlich weißes und teilweise dekoriertes Meißner Porzellan in eigener Werkstatt zu haben, gebraucht, verkauft und dann als echtes und altes Meißner Porzellan aus der königlichen Porzellanmanufaktur verkauft zu haben. Die Beweisnahme ergab folgenden Inhalt: Wundelst sei 5 Jahre lang Schneider als Verkäufer, sich aus Privatbesitz und aus der Meißner Porzellanmanufaktur weißes, untergeordnetes Porzellanwaren zu verschaffen. Dies Gegenstände ließ er durch den bei ihm beschäftigten Porzellanmeister Böhmke mit Meißner Spezialfarben nach Mäßen der königl. Manufaktur bemalen, brennen und verpacken teils auf Bestellung, teils auf Vorrat für seinen Laden. So ahnte er das rote, schwarze und grüne „Drachennmuster“, das japanische „Kirschblütenmuster“, das grüne „Laubmuster“ und das inbläue „Burrpflaster“, die im Original feinerer nur für die Hofliche des Königs aus der Manufaktur in Bautzen hergestellt werden, die feineren aus dem Porzellan der Manufaktur in Bautzen. Die Manufaktur in Bautzen hat der Kaufmann Meißner in Bautzen zum Chef. Dessen Frau gegenüber habe Schneider behauptet, er führe zum Chef. Diese alte Meißner Porzellan wie der Kaufmann Hartmann in Bautzen, der Vertreter der königl. Porzellanmanufaktur, Frau Meißner ließ sich dadurch bestimmen, bei Schneider für die Nachzahlung ihrer Konten ein Kaffeezimmer in gutem Dresdenmaler zum Teile von über 800 M. und ein Kaffeezimmer in indischem Porzellan zum Teile von über 700 M. zu stellen, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Service komplett und fertig aus der Manufaktur bezogen werden. Schneider bezog das Kaffeezimmer fertig, da es

es anders nicht erhalten konnte, das Kaffeezimmer aber nur mit Mittelbeleg versehen aus der Manufaktur und sich dem Handwerker und die Vergoldung des Kaffeezimmers in der eigenen Werkstatt ausbessern und einbrennen. Dazu einen Zufall kam nach Abnahme des Service des unteren Gebäudes Schneiders an den Tag. Nach dem Eintraten beider Sachverständigen waren die Malereien und die Vergoldung äußerst sauber und geschickt hergestellt, so daß die Fälschung nicht sofort zu erkennen war. Schneider erhielt heute fünf Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenverlust. Das zur Aufklärung benutzte Porzellan wurde eingeschmolzen.

Juidau. Entsprechend einem Antrag des Stadtvorordnetenkollegiums beschloß der Rat mit 7 gegen 6 Stimmen, die Grundbesitz-Veransteuerung von 1910 ab um die Hälfte zu ermäßigen und diese Hälfte auf die Minderzahl zu übertragen, jedoch unter der Bedingung, daß künftig dem Stadtvorordnetenkollegium nicht mehr, sondern mindestens vierzehn unangesehene Bürger angehören müssen.

Die Hausbesitzervereine im Juidauer Stadtparlament hat hier von ihrem Überwichte etwas lassen, um einen finanziellen Vorteil zu erlangen. Wahrscheinlich haben die Juidauer Hausbesitzer auch so noch die Mehrheit im Stadtvorordnetenkollegium.

Hausbesitzer. Das Stadtvorordnetenkollegium hat sich mit der Aufnahme einer städtischen Anleihe in Höhe von 700 000 M. zu befassen. Die Anleihe sollte nach dem Vorschlage des Rates dem landwirtschaftlichen Kreditverein aufgenommen werden. Das letzte des Kollegiums ab, weil frühere Anleihen dort mit großen Kurs- und Zinsverlusten verbunden waren. Es gab daher dem Finanzamt auf, erst einen anderen, vorzuziehenden Weg zur Aufnahme der Anleihe ausfindig zu machen. Erst dann soll es die Anleihe bewilligen.

Abbau. Bei einer Ausgrabung auf der Innenseite des Ringwall auf dem Löbauer Berg sind Menschenknochen und ein menschliches Skelett gefunden worden. In einer Tiefe von 1,60 Meter unter einem flachliegenden, großen Stein fand Museumsdirektor Heberich eine Menge Menschenknochen. Unter diesem, 3 Meter tief, lag ein zweiter ganz flacher Stein, der ein menschliches Skelett bedeckte, von dem die Schädelknochen größtenteils gut erhalten waren, auch der halbe Unterkiefer mit sehr guten Zähnen. Die Knoche, die durch den bei den Ausgrabungen mit anwesenden Direktor der vorgeschichtlichen Abteilung des Museums für Vorlesungen in Berlin, Prof. Dr. Schuchardt, mit nach Berlin genommen wurden, werden wieder hierher gebracht werden, da die Ausgrabungen von den genannten Direktoren ohne Genehmigung des Stadtrats zu Abbau vorgenommen worden sind.

Nachrichten aus dem Lande.

Chemnitz. Im Strudel der Großstadt auf schlechte Wege geraten ist der 18-jährige Handarbeiter Max Scholz aus Leipzig. Dieser nahm von dort ein 16-jähriges Mädchen mit nach Chemnitz, schickte es auf die Straße und ließ sich von dem, was dessen unfähiger Erwerb einbrachte, den größten Teil geben. Wenn das Mädchen sich weigerte, erhielt es von Scholz Schläge. Dilem wurde nun unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prozeß gemacht. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis und Lebensverweisung an die Landespolizeibehörde.

Leine Nachrichten aus dem Lande. Am 19. April dieses Jahres war in Göttingen der 4-jährige Knabe des Grundbesitzers Kreuzer in Kleinferm in die Waude gefallen und von den Blüten fortgetragen worden. Am Mittwoch erst wurde der kleine Besessene am dortigen Wühlweber aus dem Wasser gezogen. Den unglücklichen Eltern ist inzwischen am Montag noch ihr dreijähriger Junge plötzlich gestorben. Die beiden Kinder wurden in einem gemeinsamen Grab beigesetzt. — In bestialischer Weise mißbrauchte der 68 Jahre alte Arbeiter Ludwig in Lunzenau seine drei Kinder. Durch Quälwehen ist die kleinste Tochter am 10. April gestorben. Die mißbrauchten Mädchen sehen an Alter von 7 und 10 Jahren. Die Mutter der Kinder ist vor circa vier Wochen verstorben. Ludwig ist verhaftet worden und hat die Tat eingestanden.

Stadt-Chronik.

Hinters verschlossenen Türen

wurde am letzten Donnerstag von den Dresdner Stadtvorordneten über einige Punkte verhandelt, an denen die Dresdner Einwohnerschaft sicher ein sehr lebhaftes Interesse hat und zur Verhandlung in geheimer Sitzung nicht der geringste Grund vorlag. Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten haben deshalb von vornherein, ehe in die Verhandlung eingetreten wurde, beantragt, die beiden Punkte abgesehen und sie auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Sitzung zu bringen. Sie blieben leider mit diesem Antrag fast ganz allein, man verhandelte geheim.

Es drehte sich um Bewilligung von städtischen Geldern für Dinge, an denen die Übergroße Mehrheit der Dresdner Einwohner und Steuerzahler nicht das geringste Interesse hat. — Am 1. Oktober d. J. bestanden das Schützenregiment Nr. 108 und das Jägerbataillon Nr. 18 hundert Jahre. Die große Feiertagsfeier wurde kaum besonders beachtet. Der Rat zu Dresden ist anderer Meinung. Er brachte eine Vorlage, für die beiden Truppen aus dem erwähnten Anlaß 1000 M. aus städtischen Mitteln zu geben, die dazu bestimmt sind, dem Offizieren Geschenke zu stiften. (1) Aber damit nicht genug. Von diesem Jahre an sollen alljährlich dem Schützenregiment 600 M., dem Jägerbataillon 200 M. für „bedürftige und würdige“ Unteroffiziere gegeben werden. Also eine dauernde Belastung des städtischen Haushaltsplans um 800 M., solange die bestehenden Truppenteile in Dresden garnisonieren!

Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Stadtvorordneten sofort und rüchrichtlos gegen eine derartige Vergeudung von Geldern der Steuerzahler protestierten. Doch die Mehrheit trat ganz auf die Seite des Rates, obwohl die „gemeinen“ Soldaten keinen Pfennig von dieser Stipendiation bekommen. Den Offizieren liegen die Nebenunteroffiziere und die erstklassigen Offiziere ja viel mehr am Herzen, als es die Stimmen unserer Genossen glatt bewilligt. — Man vergleiche damit auch neue Beschlüsse der Arbeitervereine gegenüber! Hier offene Hände, dort die oben ausgetupfte Taschen.

Nicht so glatt verlief die andere sächsische Sache. Der Rat forderte ein Rechnungsgeld von 10 000 M. zur Befreiung der „Repräsentationskosten“ aus Anlaß der im Jahre 1909 in Dresden

stattfindenden Kongresse, Ausschüssen und sonstigen Veranstaltungen. Ueber Beiträge bis zu 300 M. soll der Rat ganz selbständig verfügen. Erst hatte er 1500 gefordert, war dann aber bis auf die ergebnislose Summe für den Eingangsfall heruntergegangen. Der Verwalterauschuss, der über die Ratvorlage Bericht zu erlassen hatte, ist damit nicht zu Ende gekommen. Und so hatte man für die letzte geheime Sitzung nur den zunächst „bringlichen“ Fall zur Entscheidung vorgeschoben. Es handelte sich um 1500 M., welchen Betrag der Rat zu einem Begründungsabend der Deutschen Sozialistischen Partei, die nächsten einen Kongress hier abhält, forderte. Der Ausschuss hatte diese Forderung mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt, und es lagen deshalb drei Gutachten, eins der Minderheit und eins der Mehrheit vor. Diese Gutachten waren erst unmittelbar vor der Sitzung festgestellt worden. Im Rat herrschte große Verwirrung, und es war zweifelhaft, wie im Plenum des Kollegiums die Entscheidung fallen würde. Die Anhänger der Minderheit zeigten alle Zweifel in Bewegung, um die Ratvorlage zu retten. Wie gespannt die Situation war, zeigt die Tatsache, daß von bürgerlicher Seite namentlich die Abstimmung gefordert wurde. Ob von der Mehrheit oder Minderheit, ist nicht festgestellt. Der Antrag des Rates, für diesen Minimum 1500 M. herzugeben, wurde schließlich mit 43 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Den Ausschlag gaben die Stimmen der Sozialdemokraten! Ohne sie hätte der Rat eine Mehrheit bekommen. Die Entrüstung und Erregung bei der Minderheit war groß. Man sprach sich nachher noch persönlich herum, am Statistisches wurde von einer Blamose gemunkelt. Die Sozialdemokraten aber schmunzeln.

Bemerkenswert sind die Gründe, mit denen die von unseren Genossen verlangte öffentliche Verhandlung abgelehnt wurde. Die Mehrheit fürchtete sich vor den „unlieblichen“ Debatten, die in neuerer Zeit in solchen Fällen immer zu erwarten sind. Deshalb will man die heimliche Behandlung, und man tröstet die anderen damit, daß ja die nachträgliche Veröffentlichung beschlossen werden könne, wenn das opportunistisch. In diesem Falle ist das auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen worden. — Früher, als die Herzen noch unter sich waren, hatten sie allerdings derartige „unliebliche“ Debatten nicht zu fürchten.

Wettswindeln.

Einem auswärtigen Blatte wird aus Dresden berichtet: Außer dem bereits avisierten großen Wuchsmacherprozeß dürfte das Dresdner Landgericht in nicht zu fernem Zeit noch ein anderer aufsehenerregender Prozeß beschäftigen, der sich ebenfalls gegen Gewinner am Totalitarium richtet. Vor einiger Zeit kam man in Dresden großen Gewinnern auf die Spur, die mit Hilfe eines Postbeamten in Szene gesetzt, aber von Zivilpersonen veranlaßt wurden. Es handelt sich dabei um die Ausnutzung der großen Berliner Rennsieg. Durch diese Manipulationen wurde ein großer Antwerpener Wettbureau am Laufen von Frankfurt geschädigt. Der beteiligte Beamte ist ein Postassistent an einem Dresdener Postamt. Er erhielt von Paris die Kennzeichnisse über die Siege. Unverweilt gab er daraufhin Verlautbarung über die ihm durch die Depeschen bekannt gewordenen Sieger an ein Antwerpener Wettbureau, und zwar, da Wetten nur bis 2 Uhr angenommen werden dürfen, unter Zurückhaltung der Zeit, in welcher die Depesche beim Postamt zur Aufgabe gelangt sein sollte, so daß das Wettbureau annehmen mußte, es sei lediglich durch Depeschenhäufung beim Postamt eine Verzögerung eingetreten. Als der wiederholte Eingang derartiger Depeschen in Antwerpen schließlich Verdacht erregte, hatten die Schwinder auf diese Art bereits ganz bedeutende Summen erlangt. Die Sache wurde entdeckt, als das Wettbureau beim Postamt eine Revision der Depeschennote vornehmen ließ. Dabei wurde jener Postassistent als der Schuldige ermittelt. Er erkrankte bald danach und soll sich jetzt in Behandlung eines Dresdener Nervenarztes (!) befinden. Gegen seine Mitschuldigen ist gleichfalls die Untersuchung eingeleitet worden.

Die Gefahren der Gelbbriefträger.

Darüber wird geschrieben: In Bezug auf die Sicherheit der Gelbbriefträger sind von der Postbehörde schon allerhand Erwägungen angestellt worden. Die Absicht, sie zu bewaffnen, hat man wieder aufgegeben, weil dadurch nur in ganz vereinzelten Fällen ein wirklicher Schutz für diese Beamten herbeigeführt werden würde. Beim Ausgabungsgefahr selbst ist es doch völlig ausgeschlossen, daß der Briefträger stets den Revolver in der Hand haben kann, wenn ihm der Empfänger und seine Umgebung verdächtig vorkommen. In allen Fällen wird ein ausgezeichneter Verbrecher einen Zeitpunkt abzuwarten wissen, in dem er den meistens längere Zeit vorbereiteten Angriff vollführt. Das Bewußtsein, die Gelbbriefträger eigentlich niemals an Wachsamkeit fehlen lassen können. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß verhältnismäßig wenig Ueberfälle vorkommen. Nur müßte postseitig darauf gehalten werden, möglichst rasche und nicht zu bejahrte Leute im Gelbbriefdienst zu verwenden. An einen kräftigen Mann wird sich ein Verbrecher nicht so leicht herantwagen als an einen älteren und körperlich schwächlichen, dessen Wachsamkeit meistens durch die Jahre nachgelassen haben wird. Auch das Publikum selbst kann etwas zum Schutze der Gelbbriefträger insofern beitragen, als es ihnen in mangelhaft beleuchteten Säulern, auf den Treppen, Korridoren usw. das Geleit gibt, sofern sie es wünschen, und besonders Wohnungsvormieter sich immer die Zeit nehmen, bei Abzahlung von Geldern an Untermieter zugehen zu sein. — Vor einiger Zeit wurde in dem Blättern auf die Anschaffung von Hundern für die Gelbbriefträger hingewiesen.

Polizeistatistik.

Im Monat April betrug die Zahl der von dem Exekutivpersonal der Polizeidirektion angezeigten Verbrechen, Vergehen und Übertretungen 4370, die Zahl der erstatteten Anzeigen 3982, während sich die Zahl der zu Polizei- und anderen Akten gegebenen Gutachten und Auslassungen auf 6020 belief. Die Gesamtzahl der im elektrischen Straßenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle betrug 31, darunter 24 Zusammenstöße, bei 12 Unfällen wurden 12 Personen (8 männliche, 4 weibliche) verletzt. Die Zahl der festgenommenen betrug 928 und die Zahl der Vorgeführten 117, demnach zusammen 1045 Personen, von

denen 633 Personen Gaststätten anerkannt erhielten. — Gemeldet wurden im Hauptmeldeamt: als Einwohner: 7740 von auswärtig zugezogene Personen, 6047 nach auswärtig bezogene Personen (ausschließlich der Diensthoten), 12 991 Wohnungswechsel, 1012 selbständig gewordene, hier bereits wohnhaft gewesene Personen, 2333 von auswärtig zugezogene Diensthoten, 927 von hier aus erstmalig in Dienst getretene Personen, 1953 nach auswärtig bezogene Diensthoten, 2023 Dienstwechsel; als Fremde: 30 986 angekommen, 27 822 abgereist, 3974 zugereiste Gewerkschaften, 8636 abgereiste Gewerkschaften. — Im gleichen Zeitraum sind bei der Polizeidirektion hierüber 19 Selbstmorde und 11 Selbstmordversuche zur Anzeige gekommen.

Eisenbahnverkehr.

Von morgen Sonntag an werden vorliegend zur Bedienung des Ausflugsverkehrs bis auf weiteres an allen Sonn- und Feiertagen nach folgende Personenzüge abgefahrte werden: Vom 7 Uhr 55 Min., 11 Uhr 22 Min., abends 7 Uhr 38 Min. und 9 Uhr 35 Min. von Hainberg nach Rixdorf, vormittags 10 Uhr 17 Min. und abends 9 Uhr 20 Min. von Rixdorf nach Hainberg; abends 8 Uhr 35 Min. von Dippoldswalde nach Hainberg; abends 6 Uhr 30 Min. von Rügeln bei Pirna nach Rixdorfswalde-Magen, abends 7.30 Min. von Rixdorfswalde-Magen nach Rügeln b. Pirna; früh 3 Uhr 45 Min. von Dresden (Hbf.) nach Schandau vom unmittelbaren Anschluß an den dort 4 Uhr 50 Min. nach Bodenbach abfahrenden Personenzug, abends 9 Uhr 32 Min. von Pirna nach Dresden (Hbf.). — Vom 17. Mai an werden in Dresden-Pieschen Arbeiterwochenkarten 4. Klasse nach Coswig zum Preise von 1,30 M. ausgegeben; sie gelten zu einer täglichen Hin- und Rückfahrt an sechs hintereinanderefolgenden Werktagen, und zwar zur Fahrt von Dresden-Pieschen nach Coswig mit allen Zügen, die vor 9 Uhr vormittags, und zur Fahrt von Coswig nach Dresden-Pieschen mit allen Zügen, die nach 2 Uhr nachmittags verkehren und die 4. Wagenklasse führen.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden-Altkath hat am Freitag eine öffentliche Sitzung ab. Von den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen wurden u. a. genehmigt bzw. bewilligt der 3. Nachtrag zum Ortsstatut für Coswig, der 3. Nachtrag zum Anlagen-Regulativ für Proßitz, der Antrag des Gemeindevorstandes Sároch in Niederzschlich auf Anerkennung als bernätsmäßig, der Beschluss des Gemeinderats über die Vermögensverhältnisse des Gemeindevorstandes Lorenz in Cossebaude, dessen Wahl zum Stabsbeamten des zusammengelegten Standesamtsbezirks Cossebaude (mit Gohlis und Dieritzsch), die Besetzung des Gemeinde- und Sparkassenkassiers Hausen als ersten stellvertretenden Stabsbeamten und die Eintragung des 11. Ubr-Geldschlichters an den zweiten Feiertagen der drei hohen Feste im Bezirke der Barbier-, Friseur- und Wäschmachergewerbe Dresden-Land. Ferner wurde eine Erhöhung der Beiträge zum Bezirksamt für die Kinderheilanstalt in Dresden (jezt 800 Mark) grundsätzlich genehmigt, jedoch soll die Festsetzung der Höhe des künftig zu gezahlenden Beitrages bei Aufstellung des nächsten Haushaltsplans erfolgen. Das Geleit der Gemeinde Sonnenberg um Gewährung einer außerordentlichen Wegeausbeihilfe aus Bezirks- oder Staatsmitteln wurde abgelehnt.

Am selben Tage fand eine Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dresden-Rustadt statt. Es wurden u. a. genehmigt bzw. bewilligt das Ortsgeleit über die Erhebung von Abgaben zur Ortsarmenlaste von Lausmitz und Lausberken der Gemeinde Reichenberg, der zweite Nachtrag zu dem Regulativ über die Erhebung von Armenlastenabgaben von öffentlichen Gebäuden in der Gemeinde Arnsdorf, der erste Nachtrag zur Anlagenordnung der Gemeinde Arnsdorf, die Übernahme einer künftigen Verbindlichkeit auf die Gemeinde Arnsdorf durch Rückzahlung eines Beitrages mit dem künftigen Staatsfiskus, der erste Nachtrag zu dem Ortsstatut der Gemeinde Weißitz (Publikation der örtlichen Bekanntmachungen), der erste Nachtrag zu dem Ortsgeleit über die in der Gemeinde Weißitz zu erhebende Biersteuer, der erste Nachtrag zur Anlagenordnung der Gemeinde Schönfeld und der ortsgeldliche Beschluss des Gemeinderats zu Coswig über die anderweitige Festsetzung des Gehalts des Gemeindevorstandes. Abgelehnt wurde der 2. Nachtrag zum Regulativ über die Regelung des Schornsteinwesens im südlichen Kirchdorf (Köhlsdorf, Niederzschlich, Raundorf, Hilschewitz, Lindenau und Dippoldswalde-Buchholz), desgleichen der ortsgeldliche Beschluss des Gemeinderats zu Schönfeld über anderweitige Festsetzung des Gehalts des Gemeindevorstandes, während der Haushaltsplan nebst Bauvoranschlägen über die Straßentrasse in den Fluren Oberzschlich und Wahnitzdorf sowie das Ortsgeleit über Erhebung einer Hausabgabe in Flur Wahnitzdorf von der Tagesordnung abgesetzt wurden. Die Besuche der Aktien-Gesellschaft für Federfabrikation vormals H. Pirch u. Komp. in Kassel am Grundstück einer Gasanstalt auf dem Flurstück 634 für Ottenberg und der Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig um Erteilung einer Gasbewilligung für die Gemeinde Laubegaitz auf dem Grundstück 195 fanden Genehmigung.

Außerdem wurden eine Reihe Konzessionsgesuche erledigt. Die Besuche Raabes in Köhlsdorf (Bauhof von Kasse, Selterswasser usw.), Knösch in Kadeberg (Weinrestaurant u. Café), Biegenbach in Niederzschlich (Weinrestaurant in einem Pavillon der Selterskellerei Buchhof), der Frau Eiche in Dresden (Selterskellerei), der Wollbräuer in Coswig (Bierkellerei), Schäfers in Dresden (Selterskellerei), Lutzsch in Niederzschlich (Kaffee, Selterswasser und Beerensäfte), Böhms in Köhlsdorf (Selterskellerei im Lustschlosspark) und Wendemuths in Köhlsdorf (alkoholische Getränke) wurden genehmigt. Es handelt sich in allen Fällen um Konzessionen während der Dauer der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Köhlsdorf vom 22. Mai bis 28. Juni 1903. Weiter fanden Genehmigung die Gesuche Hüblich in Wonnsdorf (Bier-Fabrikation) und Köhlers in Köhlsdorf (Selters zum Erbsgericht) um Uebertragung der Konzession, Raumanns in Rügeln (Bierkellerei) um Erlaubnis zum Ausschank von Bier, Kaffee und alkoholischen Getränken in einer Kantine während der Dauer des Jubiläumswesens der Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst, Porzellan und Wachendörfer in Weißer Hirsch um Erlaubnis zum Ausschank von Bier, Kaffee, Selters und Limonaden während der Waldpartys. Abgelehnt wurden dagegen die Besuche Weimers in Oberzschlich, Reichelt in Radeberg und Feibers in Wilsdorf (Wilsdorf Döbe) um Rückkehr der Konzession auf den Ausschank von Bier und Branntwein.

Der Verein Genesungsheim

für Dresden und Umgegend, der das Genesungsheim Räckstentel in Seltersdorf bei Rabenau ins Leben rief, hat einen Geschäftsbereich für dieses Heim herausgegeben. Die Einnahmen betragen 27 081, die Ausgaben 27 282 M., so daß sich der vorjährige Restbestand von 662 auf 411 M. verringerte. Das Vereinsvermögen beträgt 31 869 M. — Wie sehr solche Einrichtungen ein Bedürfnis sind, wie wenig sie aber noch diesem Bedürfnis entsprechen können, ist aus folgenden Angaben des Vereins zu entnehmen:

Die Zahl der Pflanzlinge blieb leider gegen das Vorjahr um sieben zurück und dadurch verminderte sich auch die Zahl der Verpflanzungen, die um 311 gegen das Vorjahr zurückblieb. Es dürfte dieses Fazit wohl kaum auf ein vermindertes Bedürfnis zurückzuführen sein, als vielmehr sich auf allgemeine militäre soziale Verhältnisse gründen. Die Länge des Aufenthalts war in den meisten Fällen zu kurz, bemessen sie betrug im Durchschnitt 14 Tage, manchmal mit einer Nach-

bewilligung von 8 Tagen. Seiten waren von vornherein 4 Wochen gewährt worden. Es kann aber in der Kürze von 2 Wochen nur ein geringer Teil der Pflanzlinge das Erbsen erreichen. Dazu gehören diejenigen, welche nach schwerer Krankheit erkranken wurden, und nur lediglich Schenung und Kräftigung bis zur Genesungsfähigkeit im Heime lichen. Diese Art Pflanzlinge steht aber erkrankungsunfähig die Minderzahl dar. Die größere Menge leiden an wirklichen Krankheiten, zu deren Beseitigung sie nicht zu Hause oder in einem Krankenhause die notwendigen Bedingungen finden können. Hauptächlich kommt hier in Betracht die Bronchialkatarrhe des Alters und der Berufstätigkeit, leichter Lungenentzündung ohne Auswurf oder nur mit geringen, nicht spezifisch tuberkulösen Auswurf. Gerade bei der letzten Gattung handelt es sich häufig um jugendliche Kranke, für welche die Bedingungen zur Uebernahme des Heilberufes nach § 18 seitens der Landesverwaltung noch nicht vorhanden sind. Für alle diese Fälle sind die bewilligten Pflanzlinge als zu kurz zu bezeichnen. Andere ähnliche Institute, Reformanstalten, Lungenheilanstalten usw. verlangen bei der Aufnahme sechs Wochen bis drei bis vier Monate Aufenthaltsdauer. Es erklärt sich daraus genügend, wenn mancher nicht die erwünschte Heilung gefunden hat.

Die Wahlkreiseinteilung für die sieben Dresdener Landtagswahlkreise, deren Begrenzung wir bereits mitteilen, ist nunmehr, nachdem die Ausführungsvorordnung publiziert ist, im Laufe der nächsten Woche zu erwarten. Wir werden sie natürlich umgehend auch in unserem Blatte veröffentlichen.

Selbstmord. Der seit 3. Mai vermisste hiesige Buch- und Kunsthändler Goldy wurde am Mittwoch abend an einer entlegenen Stelle des Schrammseegebietes der Sächsischen Schweiz von Beamten des Wachkommandos erhängt aufgefunden. Der 62 Jahre alte G. soll die Tat in geistiger Umnachtung ausgeführt haben.

Unfall. Ueberfahren wurde gestern nachmittags auf der Großen Meißner Straße ein siebenjähriger Knabe von einer Dreiräder zweiten Klasse. Zwei Kinder gingen dem Knaben über die Straße. Die erste Hilfe wurde ihm auf der Unfallstation am Kaiser-Wilhelm-Platz zuteil, von wo es nach dem Krankenhaus übergeführt wurde. Den Knaben soll keine Schuld treffen.

Aus der Umgebung.

Bühlau. Die Einführung der Wertwachsteuer, die die Gemeinde beschloffen hat, beschäftigte am Freitag den Bezirksausschuss. Die Steuerordnung ist für unbebaute Grundstücke aufgestellt und die Regulativen von Kloßsche und Leipzig-Städtisch nachgebildet. In der Stellung entwirft die Steuer den von der Regierung angestellten Aufseheren. Im übrigen enthält die Wertwachsteuerordnung auch die Bestimmung, daß die Gebäuden gehörige Hofräume, Gärten usw., die mit den Gebäuden im Zusammenhang stehen, aber nicht größer als 1200 Quadratmeter sind, nicht als unbebaute Gebäu gelten sollen, sofern sie nicht getrennt von den Gebäuden als Bestand verwerdet werden können. Bedenklich erschien den Bezirksausschuss die Bestimmung, daß die Höhe der Steuer in Ermangelung von dem hierfür eingesetzten Ausschusse festzusetzen ist. Das der Landgemeindeordnung ist hierzu nur der Gemeinderat zuständig, allerdings kann von dieser Bestimmung das Ministerium Dispens erteilen. Der Amtshauptmann empfiehlt jedoch, die Disposition in diesem Falle nicht zu beschließen, weil der Ausschuss nicht als verantwortliche Stelle angesehen werden könne. Dies bleibt immer der Gemeinderat. Ferner wurde auch an der Bestimmung Anstoß genommen, daß für den Steuerbetrag gegenüber der Gemeinde nicht nur der Verkäufer, sondern auch der Erheber der Grundstücke haften soll, und zwar deshalb, weil sie in Kloßsche wo diese Vorschrift auch besteht, zu großen Schwierigkeiten geführt hat. Die Gemeinde soll sich nur an den Verkäufer halten dürfen, weil dieser auch nur den Vorteil aus dem Verkauf zieht. Der Bezirksausschuss stimmte dem zu und beschloß im übrigen, die Steuerordnung mit den vorgeschlagenen Änderungen beim Ministerium zur Genehmigung zu beschließen.

Sporbüh. Der Leichnam eines Mannes wurde am Donnerstag gegen Abend unterhalb der Zellulosefabrik, Dresdener Straße aufgefunden. Der Verstorbene ist der 58jährige Arbeiter Heintz von hier. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Großschadowitz. Die diesjährige öffentliche und unentgeltliche Impfung für die Erbsenpflanzlinge im hiesigen Orte fand nächsten Montag den 17. d. M., von nachmittags 4 Uhr an, in Gäßhölzle statt.

Hosterwitz. In einem Zwischenfall kam es in der letzten Gemeindevorstandssitzung am vorigen Donnerstag. Der sozialdemokratische Vertreter beantragte die Verwertung eines Punktes der geheimen Sitzung in die öffentliche. Es soll sich um eine Neuregelung des Gehalts für den Gemeindevorsteher gehandelt haben. Letzterer wehrte sich aber entschieden gegen die öffentliche Verhandlung dieses Punktes und bestritt, daß der Punkt überhaupt zu behandeln sei. Ortsstatut und Geschäftsordnung für die Gemeindevorstände bestimmen aber, daß über die Gehaltsangelegenheiten der Vorsteher oder der Gemeindevorsteher die Öffentlichkeit der Vorsteher oder der Gemeindevorsteher entscheiden hat. Für den hier vorliegenden umgekehrten Fall besteht eine besondere Bestimmung, man muß danach annehmen, daß logischerweise auch für ihn so verfahren wird. Das heißt der Vorsteher oder Gemeindevorsteher verfügen, ob ein Gegenstand in die öffentliche Sitzung kommen darf, oder nicht. Der Gemeindevorsteher hat also sehr eigenmächtig und mit dem vernünftigen Sinne der Geschäftsordnung nicht im Einklang stehend gehandelt. Der Gemeinderat hat sich das allerdings ruhig bieten lassen, deshalb fällt auf ihn die Verantwortung für das missliche Verhalten des Vorstehers. — Sehr heimlich wurde in dieser Sitzung auch den Zuhörern gegenüber verfahren. Der Zutritt ist nur gegen vom Gemeindevorsteher ausgestellte Karten gestattet, auf die der Name des Karteninhabers vermerkt wird. Eine lächerliche, unpraktische Einrichtung. In der letzten Sitzung wurde man sich der Inhaber solcher Karten, die sie nicht lediglich für die Sitzung gelöst hatten, vom Zutritt zurückweisen, obwohl sie vorher unbeanstandet teilgenommen durften. Was soll die Zweckmäßigkeit dieser Erscheinung des Verwehrens der Sitzungen? Die Karten zu erlangen ist nicht so leicht, denn das Gemeindevorsteheramt nur am Montag von 3 bis 4 Uhr nachmittags geöffnet. Der Gemeinderat täte gut, den Kartenempfang ganz abzuschaffen. Wer einer wirklichen Öffentlichkeit kann nur dann die Rede sein, wenn jeder Einwohner ohne weiteres Zutritt hat, solange der Platz reicht.

Neues aus aller Welt.

Wien, 14. Mai. In Innsbruck an der Gattoltschloßstraße ist heute Großfeuer ausgebrochen. Am Nachmittag waren bereits drei Häuser darunter der Gasthof zum Schlüssel, abgebrannt. Der ganze Ort ist bedroht.

Straßen...
Ehren...
Gärtlich...
Paris, 1...
„Streit...
eschäft...
B-, Brot...
Sch...
Nutter...
raue...
Rich...
Zig...
Kohl...
Kohl...
Kohl...

Sonntag und Donnerstag (Himmelfahrt)
Feiner öffentl. Ball
 in dem märchenhaft dekorierten Saale.
Starkbesetztes Orchester
 Direktion: Musikdirektor Wrede.
 Rendezvous der tanzlustigen Jugend.
 Die neuesten Schlager werden gespielt.

Musenhalle

Löbtau. Straßenbahn: Postplatz-Wölfnitz. Station: Reiseplitzer Strasse.

Zur Abhaltung von Sommer-Festen
 und ähnlichen Veranstaltungen erwirbt ich meine herr-
 lichen, ausgiebigen Gärten mit herrlichen Bäumen,
 einer Konzerthalle, elektrischer Beleuchtung, Wasser-
 befähigungswasser und allen möglichen sonst. Annehmlichkeiten.
 Dienstag den 18. Mai 1909
Gr. Eröffnungs-Militär-Konzert
 von der Kapelle des 2. Infanterie-Regiments Nr. 108.
 Um gütigen Zuspruch bittet
 Ernst Volken.

Cabaret Troubadour
 = **Schweidnitzer Keller** =
 Galeriestraße 4.
 Täglich: **Grosse Cabaret-Vorstellung.**
 Anfang wochentags 5 Uhr, Sonn- und Feiertags 4 Uhr.

Ballhaus

35 Bautzner Straße 35
 Sonntag
Große öffentl. Ballmusik
 Sonntag von 4-5^{1/2} Uhr
 Montag von 7-8^{1/2} Uhr
Freier Tanz.
 Jede Tour 10 Pf., auch Bläsermusik.
 Im Restaurant: **Guter Mittagstisch.**
 Militär freier Eintritt! Hochachtungsvoll E. Krümer.

Gasth. z. Heller öffentl. Tanz
 Jed. ladet ein E. Gerisch.

Stille Musik
 Empfehle meine freundl. Lokalitäten sowie den Gesellschaftssaal (250 Personen fassend) zur Abhaltung u. Hochzeiten, Familien- und Vereins-silichkeiten, Studen- und Heller vom besten, italienische Bedienung. Vereinszimmer mit neuem Piano.
 Dr.-N. Bautzner Strasse 18
 Telefon 4392. Hochachtungsvoll Paul Schüritz.

Pariser Garten Gr. Meißner Straße 13.
 Täglich Auftreten des
Künstler-Ensembles Excelesior (3 Frauen, 2 Herren)
 u. des Gefangenen **Anni u. Josef Ambauer.**
 Hochachtungsvoll A. Micke.

R. Gessner gen. Kohl'nstob
 Sonntag den 16. Mai
Eröffnung des Garten-Restaurants.

Gasth. z. Hecht
 Empfehle meine Lokalitäten mit angenehmem Gartenaufenthalt!
 Dr.-Trachenberge, im St. Paul-Friedhof. Tel. 238. Hugo Schlimpfort.

Gasth. Dobritz.
 Morgen Sonntag:
Große öffentl. Ballmusik.
 Es laden freundlich ein Otto Hofffeld und Frau.
 Im Himmelfahrtstage **Theater-Abend** für Mitglieder und ein- geladene Gäste der dramatischen Theater-Gesellschaft Leuben.

Mockriker Höhe
 Herrliche Fernsicht - Familien-Verkehr.
 Morgen Sonntag: **Ein gemütliches Tänzchen.**
 Hierzu ladet freundlich ein Ed. Krausse.

Gasthof Welschhufe.
 Jeden Sonntag
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens
 georgt. **Eigene Fleischerei.**
 Es laden freundlich ein
 Frau Deichert u. Frau.

Sauers Gasthof in Klein-Naundorf.
 Morgen Sonntag
Gr. öffentliche Ball-Musik.
 Im Garten herrliche Baumblüt.
 Hierzu ladet freundlich ein Ed. Sauer.

Gasthof Coschütz
Gasthof Gittersee
Gasth. Zschiedge
Prinzenhöhe, Cunnersdorf
 Morgen Sonntag:
Gr. öffentl. Ball-Musik.

Gasthof Stetzsch.
 Morgen Sonntag
Feine Ballmusik
 Hierzu ladet freundlich ein
 O. Paschold.



„Hammers Hotel“
 Dresden-Striesen, Augsburger u. Blasewitzer Str.

Sonntag den 16. Mai, abends 8 Uhr
Grosse Eröffnungs-Vorstellung.
 (Spielplan vom 16. bis 31. Mai 1909.)

Schilly-Truppe
 „Ein Abend am Nil“.

Miss Bellwood | Anna Wallenda
 Internationale Tänzerin. Kugelakt.

Les 3 Liviers
 der beste Doppeldrahtseilakt der Gegenwart.

Wolff Scheele | Gusti Haffel
 Humorist u. Schriftsteller. In Form von einem u. komischen Repertoire.

Fred Edlawi
 in seiner Blitzverwandlungs-Komödie
Sensational! Eine Minute zu spät. Sensational!
 Zum Schluss: **Komponisten-Kongress.**
 * * * Kinematograph. * * *

Sonn- u. Feiertags 2 Vorstellungen. 4 u. 8 Uhr.
 In der Nachmittagsvorstellung hat jeder Besucher ein Kind frei.
 Preise der Plätze: Logenplatz 1.50 M., I. Platz 1 M., II. Platz 60 Pf., III. Platz 40 Pf.
Vorzugskarten auf allen Plätzen 20 Pf. Preisermäßigung sind nur an Wochentagen gültig.
 Haltestellen der Straßenbahnhöfen Nr. 1, 2 und 30.
Die Direktion.

Sonntag und Himmelfahrt
Grosse Ball-Musik.
 Sonntag 4-7 Uhr **Tanzverein.**
 Himmelfahrt 4-7 Uhr
 Hochachtungsvoll M. Beckert.
Montag kein Ball.

„Zum Steiger“
 Potschappel - Plauenischer Grund - Nieder-Pesterwitz.
 Sonntag: **Öffentl. Ballmusik.**
 Emil Thieme.

Gasthof Wohltsdorf.
 Sonntag: **Öffentl. Ballmusik**
 10 Tanzmarken 75 Pf.
 Friedr. Lomatsch.

Angermanns Gasthof, Döhlen.
 Sonntag: **Öffentliche Ball-Musik.**

Gasthof Briesnitz.
 Morgen Sonntag
Feine Ballmusik.

Gasthof Niederhäslich.
 Sonntag: **Grosse öffentl. Ballmusik.**
 Hierzu laden freundlich ein Richard Weichert u. Frau.

Eutschützer Mühle
 Jeden Sonntag
Feine Ball-Musik.
 Hierzu ladet freundlich ein
 C. Feger.

Herrschaftlicher Gasthof * Nöthnitz.
 Jeden Sonntag: **Feiner Tanz**
Neue Bewirtung!

Gasthof Weixdorf
 Sonntag: **Grosser öffentl. Ball.**
 Es ladet freundlich ein E. Dohren.

Gasthof z. Müglitztal, Dohna
Starkebes. Ballmusik.
 Es ladet freundlich ein R. Weichert.

Gasthof Leuben.
 Sonntag den 16. Mai 1909
Feiner Ball.
 Von 1 bis 6 Uhr freier Tanz.
 12 Tanzmarken 60 Pf.
 Donnerstag den 20. Mai (Himmelfahrt)
Großes humorist. Konzert
 Hochheines Dances, Verwandlungs-Ensemble, J. A. Wecker, Aniana S. H., Emil Helze und Frau.

Stadt Amsterdam, Laubegast.
 Sonntag
Feine Ball-Musik.
 In den Parkete Lokalitäten von 1 bis 6 Uhr: **Künstlerisches Frei-konzert.** Es laden freundlich ein G. Golbs u. Frau.

Gasthof Zanderode, Reichenhain.
Waldvilla-Trachau.
 Morgen Sonntag den 16. Mai
Zweiter Aufstieg des neuhergestellten Riesen-Luftballons „Greif“
 unter Führung von Oberleutnant des k. u. k. Reichsheeres Herrn H. Zinner. Jeder Besucher erhält für nur 10 Pf. Eintritt eine Veranda, welche den glücklichen und der vor- gezogenen Nummer zur vollständig freien Luftfahrt Konzert ab 8 Uhr, beginnt. **Zukunft 9 Uhr.**
 Von 1 Uhr an: **BALL.**
 Feiertags 70 Pf., Wochentags 50 Pf.

Victoria-Cinephon-Theater
 30 Rosenstrasse 30
Großes sensationelles Programm von 10 Szenen.
 Sonnabend für Dresden. - Sommer-Theater.
 Heute ab das althergebrachte **Gasthaus**
Dresdner Hof, Rosenstr. 11
 übernehmen. Freundliche Fremdenzimmer mit herrlichen Betten, schattiger Garten, zwei Kegelbahnen, ein Vereinszimmer, billige Preise. Wir laden, um auch in dieser Saison unsere freund- liche Unterhaltung zu leisten. **Gasthausmeister Rich. Keller u. Frau.**
Restaurant
 speist man am besten u. billigsten jeden Abend Biermusik.
 Es ladet freundlich ein
 G. Reinhardt.

Restaurant
 speist man am besten u. billigsten jeden Abend Biermusik.
 Es ladet freundlich ein
 G. Reinhardt.

Eröffnung heute Sonnabend!

Bilz'öfft. Licht-Luft-Sport-Bad

Eisenbahnstation: Lössnitzgrund (Meierei). — Strassenbahnstation „Weisses Ross“.
Einzig in seiner Art. — 300 000 qm gross. Getrennte Abteilungen für Damen, Herren und Familien.

Grösstes und schönstes Licht-Luft-Bad Deutschlands!

Belle und gefundene Erholungsstätte für jedermann. Da die Licht-Luft-Bäder auch das vorzüglichste Heilmittel bei fast allen Krankheiten sind, so sollen die Eltern mit ihren Kindern diesen geliebtesten Genuß so oft als möglich treiben. Hier werden Kinder und Erwachsene gesund und lebendiger und bekommen einen rofigen, jugendlichen Teint. Geünder, billiger und angenehmer Ferien-Aufenthalt. **Warme und kalte Küche zu mäßigem Preis.** — **Piverte alkoholfreie Getränke (Bils' Zinalco etc.).** — **Vorzügl. Kaffee, Schokolade, Kaffee mit Kuchen.** — Die Anlage befindet sich inmitten von Birken-, Buchen- und Nadelwald und enthält: 1 große Schwimmbassin, 5 Lawn-Tennis Plätze, 5 größere Sandbäder, große Turn-, Spiel- und Sportplätze, deutsche und schwedische Turngeräte, alle funktion Spiel und Sport dienenden Geräte, Radfahrbahnen, Reckbahnen, Fischen, Bassin zum Wasserreiten, laufende Promenaden und Ruheplätze, Sägematten. Ferner Kinderbelustigungen als: Karussells, Schaufeln, Rutschbahnen, etc.

Eintrittspreis für Erwachsene nur 30 Pf. Für Schüler und Kinder unter 14 Jahren 20 Pf. Ermäßigte Preise bei Saison-, Monats-, Tagend- und Familien-Abonnement.

Goldene Krone, Radebeul.

Morgen Sonntag **Ballmusik**, ausgeführt von der Tharandter Stadtkapelle.
Von 4 bis 7 Uhr: **Freier Tanz.**
Hierzu laden freundlich ein **O. Schulze u. Frau.**

Vier Jahreszeiten, Radebeul

Morgen Sonntag: **Ballmusik.**
Hierzu laden freundlich ein **O. Schulze u. Frau.**

Jägerhof

Grosser herrlicher Lindengarten nebst Gesellschafts-saal, empfiehlt sich geehrten Vereinen zur Abhaltung von Sommerfesten.

Onkel Toms Hütte

Großes Ostra-Gehege Direkt an der Elbe gelegen

Gasthaus z. Hoffnung, Klein-Luga

20 Minuten von den Bahnhöfen Niederlössnitz und Mügeln gelegen, ist bekanntlich für Familien und Vereine der schönste Ausflugsort der Umgegend. Herrliche Fernsicht, großer schattiger Garten, Parken und Kutschgehege. Für ff. Speisen u. Getränke ist bestens obdient.
Hochachtungsvoll **M. Schreier und Frau.**

Goldene Krone, Kleinzschachwitz

Renovierter Saal! Sonntag: **Schneidige Ballmusik.**

Gasth. Zichieren

Ball-Musik. Tour 5 Pf. Hierzu laden ein **W. Müller.**

Lugschenke, Gommern

Morgen Sonntag **Schneidige Ballmusik.**
Es laden ergebenst ein **E. Schreiber und Frau.**

Gasthof Großschachwitz

Morgen Sonntag **Feine Ball-Musik.**
Es laden ergebenst ein **T. Lorenz.**

Gambrinus-Säle

Sonntag u. Donnerstag von 4 Uhr an **Ball-Musik.**
10 Tanzmarken 60 Pf. Eintritt frei.
M. verw. Hess.

Gasthof Lungkwitz

bei Kreischa
Lohnender Ausflugsort. Wasser und schöner Ausstieg nach dem Müchberg.
Schöner Garten. Großer Ballsaal. Einer geneigten Beachtung hält sich empfohlen **Gustav Bobe.**
Eine empfehlenswerte **Partie**
ist nach der im herrlichen Parkgrund gelegen

Kino-Panoptikum Imperial

Moritzstrasse 3
Jede Woche ein neues Programm.
Brillantes Programm!
unter anderem das große, spannende Sensationsdrama

Der Schatz der Piraten

Die rettende Vision
hochinteressantes Kino-Drama, voll spannender Momente.
Ganz besonders hervorzuheben sind die beiden hochkomischen Bilder

Die Geburtstagsgans

Zu früh zurückgekehrt.
Außerdem die prächtigen Bilder

Wintersport

Neapel und der Yesuy
Tonbilder:
Cohn geht zu Ball.
Die Macht des Geschickes
Sonntags keine erhöhten Preise.

Hummel-Mühle

Restaurant
Zum Sirich
Postgäßchen, am Bismarckplatz
hält sich wertigen Vereinen und Ausflüglern zur Gänze bestens empf.
Otto Piesch und Frau.

Börners Gasthof

Zitzschewig
(Bahnhof), altrenom. Bier- u. Wein-Lokal. Schön. Saal, gr. Lindensparten und Kutschwege. Vereinen, Gewerkschaften bestens empfohlen.

Im Fluge



erlangten die

Jasmatzi-Cigaretten

eine Popularität wie keine andere deutsche Konkurrenzmarke-hervorragende Qualität der Jasmatzi-fabrikate bei grösster Preiswürdigkeit rechtfertigen diese Eigenschaft sowie die andauernde gewaltige Konsumsteigerung welche die Jasmatzi-Actien-Gesellschaft zur grössten deutschen Cigarettenfabrik erhebt.

Zur Pechhütte

Restaurant
Paul Gerhardtstr. 18. Tel. 9010.
Empfehlen unsere freundlichen Lokalitäten.
Für gute Speisen u. ff. Biere ist bestens gesorgt.
Paul Mager u. Frau.

Wirtshaus Piwarz

hält sich bestens empfohlen.

Sehenke z. Wilddieb

Sü.-erbahnhofstr. 18.
Renoviert. — Blumenrotte.
Feine Bedienung.

Schlüterhof

Sehndauerstr., Bahn-Schlüterhof.
Empfehlen unsere Lokalitäten.
Gute Speisen. ff. Getränke.
Gr. Versammlungsräume nach einige Tage frei.
Franz Marsch u. Frau.

Knauthes Restaurant

Holbeinstrasse 1.
Empfehlen allen Vereinen, Gewerkschaften und Sportgenossen unsere Lokalitäten einer geneigten Beachtung, und verüben, die uns beehrenden Gäste mit guten Bieren und Speisen zufrieden zu stellen.
Hochachtungsvoll
H. Knauth u. Frau.

Gasthof z. Kronprinz

Hier nach dem schönen Rosterwitz
Großer schattiger Garten, schöner Ballsaal. Saal nach einige Sonntage frei.
Hochachtungsvoll **G. Kowall.**

Alter Gasthof, Mügeln

Sonntag, von nachmittags 4 Uhr an:
Oeffentl. Ballmusik
Gespielt werden die neuesten Schlager, Polka's, Otarina und Fanfaren-Trompeten, lustloslos in der Umgegend.
Um zahlreichem Besuch bitten
H. Class.

Deutsches Haus, Mügeln.

Sonntag: **Starkbes. Ballmusik**
Tour 5 Pf. Von 4 bis 6 Uhr: **Freier Tanz.**
Hierzu laden ergebenst ein **M. verw. Schneider.**

Julius Wendler

Gerokstrasse 7
empf. keine fremdbl. Lokalitäten.
Gut. Fräft. Mittagstisch.
Eigene Schlächterei.

Osangs Restaur.

Vorstadt Flauen, Bienerstr. 6
empfiehlt keine Lokalitäten u. Vereinstimmer einer geneigten Beachtung.
August Enold.

Gasthof Röhrsdorf

bei Lössnitz, schön gelegen, empfiehlt keine Lokalitäten bestend.
August Enold.

Restaurant Kielmannsegg

Inh.: **Eduard Gänzel**
Löbtau, Tharandter Straße 84
empfiehlt keine Lokalitäten u. Vereinstimmer, einer geneigt. Berücksichtigung.

Job. Mileks Rest.

Fischhofplatz 14
empfiehlt keine freundlichen Lokalitäten zu fleisigem Besuch.

Rich. Gessner

Achtung! Bischofsweg 34
Grüne Laterne
Restaurant
gen. Kaffee
beste Speisen- u. Getränke
Egal Spass! Steis Betrieb!

Leutewitzer Windmühle

20 Minuten von Endstation Mügeln über vom Schützenhaus
Herrliche Aussicht. Schöner schattiger Garten, sehr geeignet zur Abhaltung von Sommerfesten, Hochzeiten etc.

Restaurant Amselgrund

Welschhufe.
Sonntag den 16. Mai
Gr. Schweins-Braten-Sopplische ohne Nieten
und Karussell-Verstellung
Hierzu laden herzlich ein
Hermann Knauth.

Restaur. Drei Falken

a. d. Falkenbrücke 2a.
Vereinen, Gewerkschaften bestens empfohlen.
Franz Book.

Alexander-Bad Dresden-Mügel

Sandbäder
in neuester hygienischer Ausführung eingerichtet.
Beste sachmännliche Verwaltung
sichert zu **R. Leuschner.**

Münchner Oberl. Bräu

Halbliter
10 Flaschen
Prämien
Bons
überall erhältlich.

Für Brautleute Möbel

in jeder Gegend, edel und billig
kompl. Salons, Seelen, Polster, Betten- und Schlafzimmern, Küchens- und Porzellanmöbel, auch selbst und billig unter Garantie

C. Leonhardt

Am See 31.
Soliden Neuen Teilschlupf.

Postkarten

mit eigener Photographie
4 St. 1 Bl. des 1.00 st.
Kabinett-Photographien
Lagen am 3. u. 4. St.

Richard Jänig

Marienstraße 12.

28 Ernst Venus, Annenstrasse 28, gegründet 1882.

Neue Kleiderstoffe
Blusenstoffe
Wasch-Kleiderstoffe
Ausprobierete solide Qualitäten.

Damen - Wäsche
Herren - Wäsche
Kinder - Wäsche
Billigste Preise!

Schürzen
Blusen
Röcke

Maco-Wäsche
Strümpfe
Sweaters
Gut gearbeitete fertige Artikel.

Grösstes Sprechmaschinen-Spezialgeschäft Deutschlands Otto Jacob, senior, Berlin, 346

Die echte „Mill-Opera“ ist billiger als jeder Konkurrenzapparat, übertrifft aber alle in Lautstärke und eleganter Ausstattung. Auf Wunsch bequeme Ratenzahlung ohne einen Pfennig Aufschlag.

Friedenstr. 9.

Umsonst

erhalten Sie ausserdem zu Jedem Apparat 5 echte doppelseitige Mill-Opera-Schallplatten, 25 cm gross, mit 10 neuesten Stücken (regulärer Preis pro Stück Mk. 3,-), sowie 200 Nadeln.



Für alle Apparate 3 Jahre schriftl. Garantie!

Modell 20. Mark 76,-. Eleganter Salonapparat, mahagonifarbig polierter Kasten mit Goldarabesken. Grösse 35x35x17 cm. Alle Metallteile vernickelt. Farbige lackierter Blumenschalltrichter mit 52 cm Schallöffnung. Mill-Opera-Concertschalldose. Incl. 10 neuesten Stücken. Monatsrate Mark 5,-.



Modell 17. Mark 53,-. Aparte Luxusausstattung, mahagonifarbig polierter Kasten mit Goldarabesken, Grösse 33x33x16 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt. Farbige lackierter Blumenschalltrichter, 41 cm Schallöffnung, la Concertschalldose, incl. 10 neuesten Stücken. Mit Mill-Opera-Concertschalldose Mark 8,- mehr. Monatsrate Mark 3,-.

Vertreter an allen Orten gesucht gegen hohe Provision, auch für unsere Abteilung

Uhren und Goldwaren



Modell 16. Mark 48,-. Modern grün poliert. Gehäuse, Grösse 28x28x13 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt. Farbige lackierter Blumenschalltrichter, 38 cm Schallöffnung, la Concertschalldose, incl. 10 neuest. Stücken. Monatsrate M. 3,-.



Modell 15. Mark 38,50. Braun poliertes Gehäuse, Grösse 28x28x13 cm, ff. farbig lackierter Blumenschalltrichter von 30 cm Schallöffnung, la Concertschalldose, incl. 10 neuesten Stücken. Monatsrate Mark 2,-.

Tausende unverlangt eingelaufener Anerkennungen auf unsere Apparate und Schallplatten!

Geht ausschneiden. Bestell-Zettel. Im Couvert einsenden.

Hiermit bestelle ich bei der Firma
Otto Jacob, sen., Berlin 346, Friedenstr. 9

I Mill-Opera Mod. _____ Mk. _____ Pf. _____

Incl. 10 neuesten Stücken auf 25% an Platten und 200 Nadeln

Die Begleichung erfolgt durch Zahlung von Mk. _____ am 1. jeden Monats. Beim Empfang zahle ich Mk. _____ durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte. Als Anzahlung sind 10-20 pCt. der Gesamtsumme erwünscht.

Ort: _____ Datum: _____

Vor- u. Zunamen: _____

Stand: _____

Strasse u. Hausnummer: _____

Interessante Kataloge über Concertapparate und Schallplatten überallhin gratis und franko.

346

Zähne 1.50 M.

pro Zahn mit Kautschukplatte einberechnet. Unter Garantie für guten Sitz und absolute Brauchbarkeit.

300 Mark Belohnung demjenigen, der mir nachweist, dass ich höhere Preise als 1.50 M. pro Zahn mit Kautschukplatte fordere.

Zahnziehen fast schmerzlos. Speziell für nervöse u. ängstliche Personen zu empfehlen.

Zahlreiche Anerkennungen. Spezialität: Plombierungen, Zähne ohne Gassenplatte. Wenden Sie sich vertrauensvoll nach meinem Atelier. Ueberzeugung macht wahr!

Hygiea Zahnpraxis Gr. Zwingerstr. 22.

Achtung: Künstliche Zähne schon für 1 Mk. incl. fassung. resp. Platte.

Plomben, Gebissreparaturen von 1 M. an. Nicht festsitzende Gebisse werden auf eine neue von mir erfundene Art befestigt.

Dresden-A., Annenstr. 23/25 nur im Hotel Annenhof.

Franz Kaul, Sattler- und Tapeziermeister. Dresden-Mühlh., Aeffelsdorfer Straße 75. Tisch- und Polstermöbel in großer Auswahl. Lieferung ganzer Ausstattungen, auch auf Zeitzahlung. Umarbeitung sämtlicher Polstermöbel. Großer Stuhl- u. Zwickelager. Beste Bedienung.

Raucht Hadzi-Loja-Cigaretten

Bekanntmachung. Den vielen Anfragen zur Kenntnis, daß die Verfeinerung mod. Schuhwaren in reichh. Auswahl in der Filiale Pfingster Straße, an der Landgerichts-Gebäude, wegen Aufhebung derselben vom 21. Mai an durch den gerichtlichen Auctionator und Exzcuten Herrn Ernst Pfeifferer stattfindet. Verkauf findet bis dahin nur von 12 bis 2 Uhr und 5 bis 8 Uhr statt. Die übrige Zeit geschlossen. Interessenten mache ich darauf aufmerksam, daß der Pacht einem kleineren Unternehmer eine Versteigerung bietet.

Wegen Aufgabe des Lagers

verkauft **spottbillig** die Restbestände als:

3 mod. Küchen-Einrichtungen, Küchenschränke, div. Kleiderschränke, Vertikals, Bettstellen, Matratzen, Spiegel, Sofas, Kommoden, Stühle, Tische etc.

Näheres bei: **Schlitter, Löbtau, Neißewitzer Straße 21.**

Vereine, Achtung!

Wollen Sie reell und gut bedient sein, so decken Sie Ihren Bedarf an Verlosungs-Gegenständen im

Kaufhaus Max Steinhart Luisenstrasse 39 - Ecke Alaanstrasse. Haus- und Küchengeräte, Galanterie- und Spielwaren.

Anzüge 30, 38 und 48 Mark

nach **Gehrock-Anzüge 40 M** **Maass Paletots von 25 M. an**

fertige ich aus prima modernen Maasstoff-Bestern unter Garantie des guten Sitzens mit guten Zutaten in sauberer Verarbeitung. Kein Zwang zur Abnahme bei nicht passendem Sitz. Halte auch grosses Lager in fertigen Herren-Anzügen, Paletots und Joppen eigener Anfertigung zu konkurrenzlosen Preisen. Zuschneider mit Pressen sende ich auf Wunsch ins Haus.

Emil Hohlfeld, Ritterstrasse 2 und 4.

Jos. Gremmer's Wwe. Landshut, Bayern. Erste und älteste **Brasiltabakfabrik** Brasilienbestabak per Pfd. Mk. 170, Mk. 150 und Mk. 130. Von 6 Pfd. an franco. Stahl-Pfunde zum 10 Pfd. und 5 Pfd.-Verkauf. Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle. Für Kassen von 5 Pfd. an franco, 2%, Skonto 2%, Jahresumsatzprämie.

Sommer-Paletots, Joppen, Pelerinen, Anzüge, Blaue Arbeitssachen. (Mitglied des Rabatt-Vereins) **Rich. Grahl, Pirna (Elbtor).**



Ich hab's
Urbin
Bester
Schuh-Putz

In Dosen zu 10, 15 u. 20 Pf.
überall erhältlich. Fabrik:
Urban & Lemm, Charlottenburg.
Vertr.: B. A. Hoffmann, Johann-
städter Ufer 4.

Für die Arbeit

Bedarfs-Artikel

Strengste Reellität Billige Preise

Als besonders vorteilhaft empfehlen wir:

Maschinen-Anzüge aus nur wasserfesten Stoffen, alle Größen Stück 1.10, 1.20, 1.35 und 1.50	Herren-Strohhüte , neueste Formen reide Auswahl, 1.05, 1.05, 1.35 und 1.35
Blaue Westen , 2.20, 1.70, 1.50 und 1.50	Herren-Arbeitsmützen , aus wasserfesten Stoffen 0.8, 0.8, 0.8 und 0.8
Blaue Jacken , 2.20 u. gerade 2.20 bis 0.95	Männer-Strümpfe , Marke „Felsenfels“ braun und grau Paar 38 Pf.
Hamburger Lederhosen , imit., das Goldstück für die Arbeit 3.80 u. 2.90	Herren-Posenträger , Marke „Felsenfels“ 1.65, 1.10, 0.8 und 0.8
Männer-Barchenthenden , eigene Anfertigung, pa. Ware 2.20, 1.65 u. 0.95	Herren-Fragen , große Auswahl, Leinen, vierfach Stück 38 und 20 Pf.
Herren-Normalhenden , solide Qual., Stück 2.95, 2.25, 1.75, 1.35 u. 0.95	Herren große Auswahl in Malerkitteln, Fleischerjacken usw. zu billigsten Tagespreisen.
Herren-Normalhosen , alle Größen Stück 2.10, 1.70, 1.40, 1.10 u. 0.98	

Sportvorhanden **Gebh. Kohl & Co., Freiburger Platz** Regenschirme

Consumverein Pieschen.

Unseren Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß von **Montag den 17. Mai** an unsere Läden früh halb 8 Uhr geöffnet werden.
Der Vorstand.



Plauenscher Grund!
Ihren Bedarf an
Schuhwaren
beden Sie gut und billig im
Schuhhaus
(im neuen Goldenen Löwen)
Potschappel
Inh. C. Lücke.

Schönheit

verleiht ein zartes, reines Gesicht, volles jugenbräutliches Aussehen, weiße, samtweiche Haut u. blendend schöner Teint.
Wird dies erzeugt die echte
Eisenpulver-Lilienmilch-Seife

in Hermann & Co., Hofstr. 10, Dresden
in Dresden bei:
Hermann & Co., König-Johann-Str.
Hermann Koch, Altmarkt 5.
Weigel & Zsch, Marienstr. 12.
C. G. Kieppel, beim Frauenstr. 9.
O. Kuhn, Drogerie, Schillerstr. 42b.
In Pieschen: Ernst Dressler.
In Zschopau: Heinrich Diemel.
In Chemnitz: Eugen Altmar.
In Leipzig: W. F. W. F. W. F. W.

Muttersprizen



mit 2 Kanülen von 2.- M. an,
Schilfen, Verblinden, Menstruationskanülen, Vorkalibinden u. dgl.
Frauen-Artikel
Preisliste gratis. 10 Pros. Rabatt.

Frau Heusinger
37 Am See 37
Ede Tippoldswaldener Platz.
Man achte auf die Firma.

Fahrräder

neu, mit 1 Jahr Gar., 48, 55, 65, 75-165 M.
Damenräder, 60, 15-20-75 M.
Neb. Räder, 15, 20-75 M.
neu, 1.85, 2.25, 2.50, 2.70, 3.-, 3.75, 4.50-11 M.
Mäntel, 4.50, 5.50, 6.50 bis 11 M.
Bergreifen, neu, 1.90, 2.50, 3.00 bis 5.- M.
Schlörche, 0.45, 0.95-6.50 M.
Rechenlat., 1.25, 2-9.50 M.
Bedafe, Paar 1.50, 1.75-6.50 M.
Luftpumpen, 0.35, 0.65-1.75 M.
Aufpumpen, 0.80, 1-3.75 M.
Schnaßchen, 0.45, 0.60, 1-8 M.
Gewächsträger, 0.35, 0.85-3.25 M.
Rudfäden, 0.50, 0.75, 1-5 M.
Wettermäntel, 3.85-12 M.
Nette i. Damenrädern, 0.45-1.50 M.
Leuchtungen von 2.25-5 M.
Kloden, 0.15, 0.30, 0.50-1.50 M.
Koffelhüter, Paar 85, in 1.25 M.
Fahrradhänder, 0.45 M.
Karbid, kg 35 u. 40 Pf.
Reich, Winterrad, 10, 12 u. 16 M.
verkauft

Stirl, Wettinerstraße 49
Biegelestraße 10.

Ausverkauf
wegen
Umbaues!

Wirds Lager in neuer u. herrlich getragener Garderobe.
Anzüge von 10 M.
an Sommerpaletots von 8 M. an, sich 100% Paar Rosen, von 2 M. bis 24. Große Auswahl in Jackets Westen von 5 M. an. Schlosseranzüge, Leibhosen, Leibwäsche, Hülfe, Croquet-Pol, Herren- u. Damen-
Schuhe
Häusend billig, Uhren, Gold- und Silbersachen. Dresden Zentralbelebungsstelle, Neuzug Nr. 13, 1. u. 2.
Wied. Kinder- u. Sportwagen bill. abg. Kaufstr. 19, 1. l.

ROBERT EGER & SOHN
nur König Johannstrasse

Erstes Spezialgeschäft für moderne Herren- und Knabenkleidung.

Elegant preiswert gediegen

Sakko-Anzüge
Preise: 18⁰⁰ 25⁰⁰ 36⁰⁰ 45⁰⁰ 54⁰⁰ 60⁰⁰ 78⁰⁰ M.

Touristen-Anzüge 21⁰⁰ 29⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁰⁰ bis 54⁰⁰
Jünglings-Anzüge 15⁰⁰ 22⁰⁰ 27⁰⁰ 36⁰⁰ bis 48⁰⁰
Knaben-Anzüge 6⁰⁰ 9⁰⁰ 11⁰⁰ 16⁰⁰ 24⁰⁰ bis 36⁰⁰

Lüster- u. Leinen-Sakkos | Strand- u. Tennis-Anzüge
M. 1.75 bis 28.00 | M. 7.50 bis 42.00

In allen Größen fertig am Lager!

Rucksäcke, Sportmützen, Sporthüte

Die Eleganz und die Solidität unsrer Konfektion ist unübertroffen und bietet Ersatz für Maßkleidung.

Neu aufgenommen: Berufskleidung.

Löbtauer Möbelhaus, Reiserwilerstraße 17
billigster Einkauf von soliden Tischler- und Polstermöbeln. Auf-
volkern von Sofas und Matratzen billig.

Musikwerke
Grammophone
Schallplatten
Musikinstrumente



in größter Auswahl
zu billigsten Preisen.

Teilzahlung ev. gestattet.
Reparaturen prompt u. billig.

Oscar Victor, Dresden-A.
Wallstrasse 21, part. u. l.
Saiten- u. Instrumenten-Magazin.
Verleihen von Grammophonen und Musikwerken.

Nur Mark 1.50
kostet diese Ranke
bei
Hermann Hesse
Dresden-Scheffebstr.
10-12



Sülzenfleisch
3 Pfund 1 M., Schinken ser. 1 M., Mettschinken 2 Pfund 1 M.,
dabei Fleisch ohne Knochen 90 Pf., Fleisch-Abh. 20 Pf., Schweine-
fleisch 70 Pf., frischer Schinken jezt nur 75 Pf., Rauchfleisch 90 Pf.,
Wollschinken 80 Pf., Schmeer 70 Pf., Speck 75 Pf., Wurst 60 Pf.,
Fettleberwurst 80 Pf., Brühwürste 60 Pf., Schinkenfest 90 Pf., mein
bekanntes prima Kalbfleisch billiger.
Nicolaistraße, Ecke Schumannstraße 31.

Vereine

laufen
Kofflon-, Scherz-, Rad- und Verlosungsartikel
zu bekannt enorm billigen
Fabrikpreisen nur bei
Ludwig Philippsohn
Scheffelstr. 20. - Tel. 699.
3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Bettwäsche, Leibwäsche
Erstlingswäsche

28

Ernst Ven

Möbelhandlung
Paul Claus
Dr. Köhler
Lübeckstraße, Ecke Lindenstraße
empfehlend sich zur Sicherung der
einzelnen Möbeln sowie voll-
ständigen Ausstattungen in
modernsten Ausführungen zu billi-
gen Preisen. Zeitungsannoncen
Eigene Tapezierer-Werkstatt.

Sämereien
für
Blumen u. Gemüse
in besten Sorten
empfehlend

Ernst Dressler, Leipzig-
Strasse 117.

Cigarren
ca 100% Nutzen
Spezial für Wiederverkäufer!
3 und 4 Pf.-Cig. a 100 Stk 15-22 M.
5 und 6 Pf.-Cig. 25-35 . . .
8 bis 15 Pf.-Cig. 40-91 . . .
R. Horn, Bolmstr. 25, l. Etag.

Fahrräder
Nähmaschinen
Wringmaschinen
Reparaturen
Alfred Müller
Leubau, Döbener Str. 19

Kranke Frauen
Verlag, Entungen, Kinderm.
Vorfälle, Schmerz, Menstr., Weib-
aus, Atembeugung, Magenbräun-
Halsbrücken, Anginalfälle, Herz-
Kreisl., Seitenstecher, u. dgl.
Elsa Fischer
Natur-Frauenheilkunde
Ferdinandstrasse No. 19.
Sprechzeit von 9-11 u. 2-4 Uhr.
Sonntags von 9-11 Uhr.
Ein Frauen-ärztliche Beratung
mit Bronze-Medaille v. 1888
Kronprinzenstraße 23, part.
bei Liebig.

Wissen & Kunst

„Was ist das?“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

„Das ist ein...“ sagte der Mann. „Das ist ein...“

Der Untertisch

Roman von Gertrud Franke-Schneidewitz.

Richard schloß die Tür auf die Seite des Herrn...

„Was wollen Sie eigentlich?“ fuhr er heftig auf...

Richard nahm sich gewöhnlich gefassten Muthes...

„Sie hatten die Sache nicht so von der besten Seite...

„Eine lustige Lüge!“ rief er aus...

„Glauben?“ sagte er, wiederum aufwühlend...

„Glauben?“ sagte er, wiederum aufwühlend...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

Die Natur hat die Natur...

